



WIEN

BLEIBT

WIEN

PLAN 2025

für ein Regierungsprogramm
mit bürgerlicher Handschrift

27.4.



ÖVP

Die Wiener
Volkspartei

**WIEN
BLEIBT
WIEN**
NUR MIT UNS

Liebe Wienerinnen und Wiener,

am 27. April geht es um alles. Es geht darum, Wien wieder in die richtige Richtung zu lenken – und es damit zu bewahren. Wir alle lieben diese Stadt. Doch zu viele spüren: Es läuft nicht mehr rund. Die Sicherheit erodiert, unsere Kinder erhalten nicht die Bildungschancen, die sie verdienen, das Gesundheitssystem ist am Limit – und die behäbige und lustlose Stadtregierung schaut weg. Kritik wird gleich als Wien-Bashing gebrandmarkt.

Die SPÖ regiert seit Jahrzehnten – und hat sich erschöpft. Es mangelt an Visionen und an Esprit. Fehlentwicklungen und veritable Probleme werden beschönigt oder gar geleugnet. Gespielte Betroffenheit, Sozialfolklore und wahl-taktisch bedingter Aktionismus sollen den Abstieg unserer Stadt kaschieren. Die NEOS sind im Zuge der Koalition zum reinen Anhängsel der SPÖ geworden, zum Erfüllungsgehilfen links-linker Politikansätze. Eine bürgerliche Handschrift sucht man vergebens. Die Grünen, die sich der SPÖ bereits willfährig andienen, sind ideologisch vernagelt. Politische Traumtänzerie verschärft die Probleme der Stadt und wird sie nicht beheben. Wohingegen die FPÖ von Problemen lebt, deren Lösung sie daher nicht anstreben wird. Auch wird sie nicht in die Verlegenheit einer Regierungsbeteiligung kommen. Deshalb sage ich: Jetzt ist die Zeit für eine Politik, die Verantwortung übernimmt.

Wir wollen neue Klammern und Erzählungen für unsere Stadtgesellschaft entwickeln. In einer Stadt, die so vielfältig wie Wien ist, soll jeder frei und selbstbestimmt leben können. Gute Politik bildet hierfür die Grundlage – nicht nur institutionell und wertstiftend, sondern auch kulturell. Wien ist ein Gefühl. Die



Wienerinnen und Wiener schätzen ihre Art zu leben. Diese gilt es zu wahren und für nachfolgende Generationen zu erhalten. Das Wien unserer Kinder, Enkelkinder und Urenkel soll genauso heimisch, sicher, sauber und lebenswert sein wie das Wien, in dem wir dereinst aufgewachsen sind. Wien bleibt Wien. Aber nur mit uns.

Als Wiener Volkspartei stellen wir uns den Aufgaben unserer fordernden Zeit – mit einem klaren Plan für Sicherheit, Migration, Integration, Bildung, Wirtschaft und Zusammenhalt. Wir stehen bereit, Verantwortung zu übernehmen und die Herausforderungen unserer Stadt zu meistern. Ein bürgerliches Korrektiv für Wien ist das Gebot der Stunde.

Wer Wien wirklich liebt, der wählt dieses Mal ÖVP – auch wenn er das bisher vielleicht noch nie getan hat. Wir stehen bereit.

Ihr Karl Mahrer

Spitzenkandidat der Wiener Volkspartei

Liebe Wienerinnen und Wiener,

Wien bleibt Wien – dieser Wahlspruch ist mehr als ein seelenloser Claim. Er ist eine Haltung. Er ist keineswegs ein simples Bekenntnis zum Status quo, geprägt von Fehlentwicklungen und Misswirtschaft. Unser Slogan ist ein Versprechen, ein Gestaltungsanspruch, das Wien, das wir kennen und lieben, zu bewahren, entschlossen zu verteidigen und in Teilen auch zurückzubringen. So wie es einmal war, so wie es gut ist, so wie es bleiben soll. Wien bleibt Wien. Aber nur mit uns.

Und ja: Unsere Kampagne ist pointiert, zuge-spitzt – mit einem Augenzwinkern –, teilweise provokant. Vielleicht ist sie auch anders, als man es von uns erwartet. Aber: Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Mittel.

Auf dem politischen Marktplatz braucht es manchmal neue Wege, um sichtbar zu sein. Doch unsere Kampagne ist kein Selbstzweck. Sie ist kein bloßer Marketinggag. Sie stellt die Wienerinnen und Wiener in den Mittelpunkt – und die echten Probleme dieser Stadt.

Denn ja: Wien ist eine großartige Stadt. Aber Wien wird unter seinen Möglichkeiten regiert. Die Probleme – von Sicherheit über Bildung bis Integration – verschärfen sich. Die Stadt gerät ins Kippen. Noch ist es nicht zu spät, einzugreifen. In Wien soll es nie so aussehen wie in den Brennpunktvierteln von Berlin, Brüssel oder Paris.

Wir setzen mit dieser Kampagne ein politisches Ausrufezeichen. Nicht, weil wir Wien schlechtreden wollen – sondern weil wir überzeugt sind, dass es besser geht. Hinschauen statt wegschauen. Probleme benennen und Probleme lösen. Gerade, weil wir Wien lieben.



Unser Wien-bleibt-Wien-Plan ist mehr als ein Programm. Er ist unser Angebot an die Stadt: ein umfassender Reformvorschlag für die Bereiche, die die Wienerinnen und Wiener täglich erleben. Wir wollen Politik in Wien aktiv in der Regierung gestalten, damit Frauen nachts allein im Park sicher unterwegs sein können, Kinder – egal, woher sie kommen – beste Bildungschancen erhalten und Kranke nicht ewig auf einen Termin im Spital warten müssen.

Wer Wien liebt, der wählt diesmal ÖVP.

Ihr Peter Sverak

Geschäftsführer der Wiener Volkspartei



UNSER REGIERUNGSPROGRAMM FÜR EINE BÜRGERLICHE POLITIKWENDE.

Sicherheit, Migration und Integration	10
Sicherheit immer und überall gewährleisten	11
Neues Sicherheitslagebild und Taskforce für Unsicherheitszonen einführen	11
Null-Toleranz-Zonen und mobile Einsatzteams gewährleisten Sicherheit	12
Vermögenssicherung ausbauen und Kriminelle austrocknen	12
Entscheidende Offensive gegen Jugendkriminalität und Gewalt	13
Migration steuern und nachhaltig begrenzen	13
Zuwanderung in das Sozialsystem entschieden stoppen	13
Überbordende Sozialleistungen abschaffen	14
Integration selbstbewusst einfordern	14
Kampf gegen den Antisemitismus in der Stadtverfassung verankern	14
Entschieden gegen islamische Sittenwächter vorgehen	15
Kampf gegen Islamismus und radikale Strukturen entschieden führen	15
Geistige Landesverteidigung gegen weltanschauliche Parallel- und Gegengesellschaften ertüchtigen	15
Zwangsehen durch Prävention verhindern	16
Finanzierung rein fremdsprachiger Medien unterbinden	16
Bildungsoffensive starten und Deutschpflicht durchsetzen	17
Wirtschaft, Entlastung und Lebenshaltungskosten	18
Unser Wien als wirtschaftlicher Motor	18
Leistung muss sich lohnen	18
Bürokratie abbauen, Unternehmen stärken	19
Steuern endlich senken	19
Erleichterungen für KMUs einführen	19

U-Bahnsteuer abschaffen und Unternehmen entlasten	19
Luftsteuer streichen - Bürokratie abbauen	19
Wirtschaftsförderung zur Chefsache machen	20
Tourismuszonen einführen und Wochenendöffnungen ermöglichen	20
Wiener Erdgeschossrevitalisierung vorantreiben	20
Wiener Fachkräfteoffensive 2030 starten	21
Vereinfachung von Unternehmensgründungen gewährleisten	21
Gezielte Förderung von Start-ups forcieren	21
Breitbandoffensive Wien 2025 starten und Digitalisierung beschleunigen	22
Wien zur Urban-Tech-Hauptstadt Europas machen	22
Wien als KI-Innovationsstandort etablieren	22
Lebenshaltungskosten und Wohnen bezahlbar machen	23
Wieder mehr Eigentum in Wien ermöglichen	23
Baurechte gezielt nutzen, leistbaren Wohnraum schaffen, Eigentum sichern	24
Baukosten drastisch senken, Bauen wieder leistbar machen	24
Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ evaluieren	24
Einkommensgrenzen für den Einzug in den Gemeindebau senken	25
Überprüfung der Miete („Solidaritätszuschlag“ bzw. „Gehaltscheck“)	25
Betriebskosten senken (Valorisierungsgesetz abschaffen)	26
Gerechtigkeit bei Wohnvergabe sichern	26
Deutschkenntnisse als Voraussetzung für eine Gemeindewohnung einfordern	26
Wohngemeinschaften im Gemeindebau ermöglichen	27
Zugang für Studentinnen und Studenten zum Gemeindebau ermöglichen	27
Seniorengerechtes Wohnen fördern und Alternativen zum Heim schaffen	27
Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern schaffen	28
Kinderspielplätze bei Neubauten sicherstellen	28
Bildung, Wertevermittlung und Leitkultur stärken	29
Kindergärten in den Fokus nehmen	30
Maßnahmen gegen Pädagogenmangel anschieben	30
Fachkraft-Kind-Schlüssel verbessern	30
Deutschförderplan im Kindergarten umsetzen	31
Professionalisierung der Kindergartenkontrollen vorantreiben	32
Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren einführen	33
Schulen nicht im Stich lassen	33
Unser differenziertes Bildungssystem entschieden verteidigen	33
Maßnahmenpaket gegen die Lehrerflucht aus Wien verabschieden	33
Kleinere Klassen durch effektiven Planstelleneinsatz gewährleisten	34

Erhalt und Weiterentwicklung von Deutschförderklassen in Wien sichern	34
Flächendeckende Gewaltprävention zur Priorität machen	35
Gerechte Finanzierung bei Nachmittagsbetreuung angehen	35
Stadtentwicklung, Mobilität und Lebensqualität	36
Stadtentwicklung und Infrastruktur	37
Wiener Ortsbild schützen und bewahren	37
Nachverdichtung statt Bodenversiegelung priorisieren	37
Schutz und Erhalt des Weltkulturerbes sicherstellen	38
Entbürokratisierung der Bauordnung konsequent angehen	38
Hundezonen aufwerten und in die Stadtplanung integrieren	38
Mobilität und Nahverkehr	39
Gürtel neu denken	39
Lobau-Tunnel bauen und Verkehr entlasten	40
Kulturkampf gegen das Auto abwehren	40
Parkraumbewirtschaftung neu denken	40
Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs vorantreiben	41
U4-Verlängerung in den Westen endlich entschieden in Angriff nehmen	42
Vergünstigte Öffi-Jahreskarte für Studentinnen und Studenten einführen	42
Fahrradmitnahme in der U-Bahn ermöglichen	43
Radfahrprüfungen für alle Volksschülerinnen und Volksschüler durchführen	43
Kultur und Künste	43
Kunst fördern und Verantwortung wahren	43
Räume schaffen, Bürokratie abbauen und Rahmenbedingungen verbessern	44
Mobile Kulturangebote für die Wiener Bezirke implementieren	45
„Wiener Kulturlabor“ – Innovationsraum für kreative Talente	45
Nachwuchs den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen	45
Sport und Bäder	46
Sportinfrastruktur modernisieren und Wien fit für die Zukunft machen	46
Sportvereine und Schulen besser vernetzen und Bewegung im Alltag verankern	46
Tägliche Bewegungseinheit in Kindergarten und Volksschule verankern	46
Mädchen- und Frauensport gezielt stärken	46
Bädertarife fair gestalten und Preiserhöhungen rückgängig machen	47
Gratis-Bäderbus zum Gänsehäufel wieder einführen	47
Klimaschutz mit Hausverstand	47
Stadtbild neu denken	47
Oasen des Wohlfühlens schaffen	48
Wiener Stadtlandwirtschaft erhalten	48

Leerstände für grüne Wirtschaft nutzen	48
Sustainability Hub errichten	49
E-Mobilität sinnvoll mitdenken	49
Green Jobs für alle Wiener Bezirke schaffen	49
Tierwohl in Zeiten des Klimawandels sichern	49

Gesundheit 50

Ein starkes Gesundheitssystem für eine lebenswerte Stadt	50
Gesundheitsversorgung verbessern – Wartezeiten reduzieren	50
Wiener Spitäler reformieren bevor es zu spät ist	51
Primärversorgung im Grätzl stärken	51
Prävention und Eigenverantwortung fördern	52
Frauengesundheit stärken	52
Niemanden zurücklassen	52
Personalnot entschlossen begegnen	53
Innovative Lösungen gegen den Arbeitskräftemangel finden	53
Wiener Gesundheitswesen in die Neuzeit führen - Digitalisierung stärken	53
Digitalisierung und Effizienz steigern	54

Stadtgesellschaft, Zusammenhalt und Bürgernähe 55

Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken	55
---	----

Familien und Kinder 56

Kindgerechte Stadt als Zielmarke definieren	56
Sicherheit und Resilienz für die Jüngsten gewährleisten	56
Bildungsscheck für Kinderbetreuung einführen	56
Familientickets und Familieneintrittskarten bereitstellen	57
Wiener Leistungspakt für Familien forcieren	57
Unabhängige Ombudsstelle für Kindesabnahmen der MA 11 einrichten	58

Seniorinnen und Senioren 58

Seniorengerechtes Wohnen gezielt fördern	58
Heizkostenzuschuss wieder als Geldleistung einführen	59
Vergünstigte Öffi-Jahreskarte für Seniorinnen und Senioren ausweiten	59

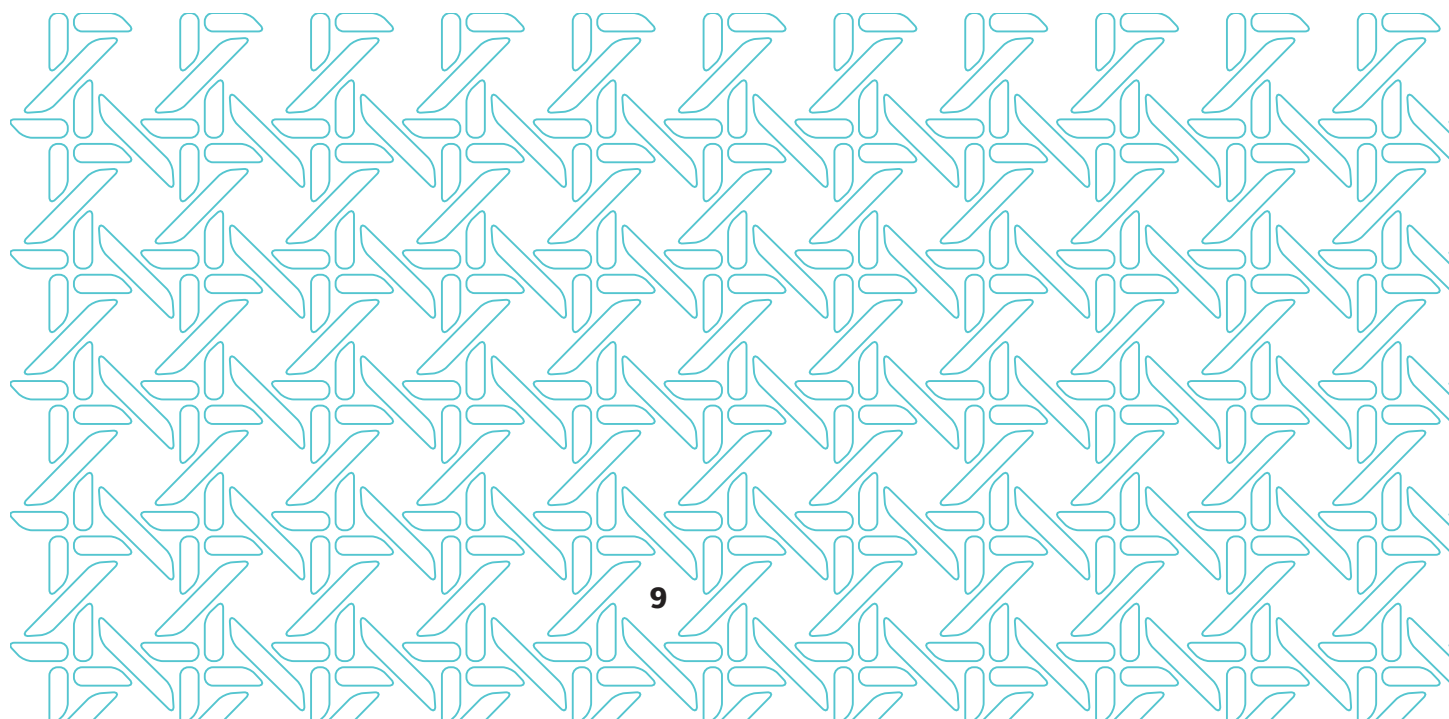
Frauen 59

An 365 Tagen entschieden gegen Gewalt an Frauen vorgehen	59
Sicherheits-App flächendeckend bekannt machen	60
Selbstbehauptung stärken und somit Gewalt verhindern	60
Gewaltopfer mit Blick auf Gemeindewohnungen priorisieren	60
Ganztagskindergartenplätze auch bei Karenz oder Arbeitslosigkeit sichern	60

Überforderte Singles unterstützen	61
Aus- und Weiterbildung gezielt fördern und Bildungschancen für Frauen stärken	61
Finanzbildung für Mädchen und Frauen stärken	61
Frauenanteil in Aufsichtsgremien und Führungsfunktionen der Stadt Wien erhöhen	62

Eine effiziente und bürgernahe Stadtverwaltung **63**

Verwaltung reformieren und Bürokratie abbauen	64
Großprojekte effizient umsetzen und Kostenexplosionen stoppen	64
Förderungen straffen und Steuergeld verantwortungsvoll einsetzen	65
Medienarbeit der Stadt Wien reformieren und Inseratenverschwendung stoppen	65
MA 35 reformieren	66
Kompetenzen der Bezirke stärken	66
Mehr Finanzmittel für die Bezirke bereitstellen	66
Reform des Anfragerechtes dringend in Angriff nehmen	67
Differenzierten Umgang mit Stadtgeschichte ermöglichen	67
Ideologiefreie Bildungseinrichtungen schaffen	68
Objektive Beratung statt Aktivismus in den Fokus rücken	68
Rechtssicherheit bei geschlechterspezifischen Räumen schaffen	68
Fairen Umgang mit Fördermitteln gewährleisten	68



SICHERHEIT, MIGRATION UND INTEGRATION

”

Wien hat österreichweit die höchste Kriminalitätsrate und die höchste Arbeitslosigkeit. Fordern und fördern ist die Devise. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden, statt in der sozialen Hängematte zu landen“

Hannes Taborsky (Platz 5), Sicherheitssprecher und Landesobmann ÖAAB Wien

Sicherheit, Integration und Migration: Ordnung durch klare Regeln und Verantwortung

Wien steht vor großen Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, Migration und Integration. Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass unkontrollierte Zuwanderung und fehlgeleitete Integrationspolitik Parallelgesellschaften geschaffen haben, in denen österreichische Werte und Regeln nicht respektiert werden. Der Multikulturalismus ist in Wien wie auch in allen anderen Ballungsräumen Zentral-europas katastrophal gescheitert.

Diese Entwicklung untergräbt das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen und Wiener und führt zu sozialen Spannungen.

Sicherheit gestalten, nicht nur verwalten

Sicherheit ist die Grundlage für ein funktionierendes Miteinander. Die Wiener Volkspartei setzt auf eine Kombination aus klaren Regeln, konsequenter Härte und Präventionsmaßnahmen.

Polizeipräsenz allein reicht nicht aus – wir benötigen eine durchdachte Strategie, die auch Stadtgestaltung und soziale Maßnahmen einbezieht. Die Bekämpfung von Bandenkriminalität, religiösem Extremismus und Gewalt an öffentlichen Plätzen erfordert entschlossenes Handeln. Wien muss wieder eine Stadt sein, in der sich alle Bürgerinnen und Bürger zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher fühlen.

Integration bedeutet Chancen und Verantwortung

Integration darf nicht als einseitiges Angebot missverstanden werden – sie funktioniert nur mit klaren Pflichten. Die Wiener Volkspartei steht für eine Integrationspolitik, die von Respekt, Eigenverantwortung und der Einhaltung unserer Grundwerte geprägt ist. Wer dauerhaft in Wien leben will, muss sich aktiv integrieren: durch Erwerb der deutschen Sprache, Respekt vor österreichischen Gesetzen und die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Teilhabe. Unser Land ist christlich-abendländisch geprägt und soll es auch bleiben. Politischer Islam, Parallelgesellschaften und integrationsfeindliche Strukturen werden von uns nicht toleriert, sondern mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln aktiv bekämpft.

Gezielte Steuerung statt Migrationschaos

Die Willkommenspolitik der vergangenen Jahre hat Wien überproportional belastet. Die soziale Infrastruktur ist am Limit, während sich immer mehr Zuwanderer in das soziale Netz der Stadt begeben, ohne einen Beitrag zu leisten. In den letzten Jahren hat die linke Sozialromantik Wien zum Sozialmagneten verkommen lassen. Deshalb fordern wir klare Regelungen für den Zuzug nach Wien, gekoppelt an Integrationsnachweise, Sprachkenntnisse und wirtschaftliche Eigenständigkeit. Die Stadt darf kein Anziehungspunkt für Sozialmigration sein, sondern muss sich auf diejenigen konzentrieren, die bereit sind, sich aktiv einzubringen.

Eine klare Linie für Wien

Wir stehen für eine konsequente Neuausrich-

tung der Sicherheits- und Integrationspolitik. Das bedeutet: klare Regeln für Migration, entschlossene Bekämpfung von Kriminalität, Maßnahmen gegen islamistische Netzwerke und eine integrationsfreundliche Stadtgestaltung, die Eigenverantwortung einfordert. Wien kann nur dann eine Stadt der Chancen bleiben, wenn Integration nicht dem Zufall überlassen wird, sondern auf klaren Prinzipien basiert. Wir bekennen uns zur christlich-abendländischen Prägung unseres Landes und unserer Stadt. Wir bekennen uns zur rot-weiß-roten Leitkultur – zum christlichen Menschenbild, zum Humanismus, zu den Errungenschaften der Aufklärung und unseres Gemeinwohls sowie zu den demokratischen Normen unserer Republik. Wer diese Werte nicht teilen kann oder will, kann niemals Teil unserer Stadtgesellschaft sein.

Sicherheit immer und überall gewährleisten

Neues Sicherheitslagebild und Taskforce für Unsicherheitszonen einführen

Das subjektive Sicherheitsgefühl in Wien ist unzureichend erfasst. Es fehlen gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von Unsicherheitszonen. Viele Wienerinnen und Wiener meiden bestimmte Gegenden, da sie als unsicher gelten, ohne dass es eine systematische Erfassung und gezielte Gegenmaßnahmen gibt.

Konkret fordern wir:

- Wir führen eine jährliche Sicherheitsbefragung durch, um die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger besser zu verste-

hen und Problembereiche zu identifizieren.

- Parallel dazu gründen wir eine Taskforce, die sich gezielt mit Unsicherheitszonen befasst. Diese Einheit analysiert Sicherheitsrisiken, entwickelt passgenaue Lösungen und setzt konkrete Maßnahmen um, darunter bessere Beleuchtung, verstärkte Präsenz von Sicherheitspersonal und eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Akteurinnen und Akteuren.
- Das Ziel ist, das Vertrauen der Bevölkerung nachhaltig zu stärken, Angsträume zu minimieren und Wien sicherer zu machen.

Null-Toleranz-Zonen und mobile Einsatzteams gewährleisten Sicherheit

Hotspots wie die U6, die zur reinsten Geisterbahn verkommen ist, und der Praterstern sind von Kriminalität und Verwahrlosung betroffen, was das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen und Wiener stark beeinträchtigt. Besucherinnen und Besucher meiden diese Orte, wodurch soziale Brennpunkte entstehen und sich Kriminalität ungehindert ausbreiten kann.

Konkret fordern wir:

- Wir streben die Einführung einer Stadtwache an. Die Stadtwache soll als kommunaler Ordnungsdienst die Polizei ergänzen und entlasten. Sie vollzieht sicherheitsbezogene Verwaltungsangelegenheiten und ortspolizeiliche Verordnungen, übernimmt die Schulwegsicherung und zeigt Präsenz an Brennpunkten.
- Wir führen Null-Toleranz-Zonen mit verstärkter Polizeipräsenz und mobilen, gemischten Einsatzteams ein, die flexibel

in Problemvierteln, Parks und sozialen Brennpunkten eingreifen, um die Ordnung wiederherzustellen und Kriminalität zu bekämpfen. Wir lassen Kriminellen keine Rückzugsorte.

- Diese Teams bestehen aus Polizei, Stadtwache sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, um nicht nur repressiv, sondern auch präventiv zu handeln.
- Ergänzt wird dies durch bessere Beleuchtung, Videoüberwachung an kritischen Punkten und eine enge Zusammenarbeit mit Anrainerinnen und Anrainern sowie lokalen Geschäften, um ein nachhaltiges Sicherheitskonzept zu schaffen.

Vermögenssicherung ausbauen und Kriminelle austrocknen

Kriminelle Organisationen nutzen illegal erlangte Vermögenswerte, um ihre Machenschaften weiterzuführen und neue Straftaten zu finanzieren. Diese Gelder stärken ihre Strukturen und untergraben die öffentliche Sicherheit, da sie oft zur Korruption, Waffenhandel oder zur Finanzierung weiterer Verbrechen eingesetzt werden. Wir wollen diese Vermögenswerte identifizieren, requirieren und den kriminellen Elementen somit Ressourcen für künftige Operationen entziehen.

Konkret fordern wir:

- Wir verstärken die Finanzermittlungen und die Sicherstellung illegal erworbener Vermögenswerte durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und Finanzbehörden. Das Ziel ist, kriminellen Organisationen ihre wirtschaftliche Grundlage zu entziehen und ihre Strukturen nach-

haltig zu schwächen und in letzter Konsequenz zu zerschlagen.

- Dazu setzen wir auf eine schnellere Beschlagnahme und Einziehung illegaler Vermögen, bessere gesetzliche Rahmenbedingungen und eine verstärkte Kooperation mit Banken zur Identifikation verdächtiger Geldströme.
- Finanzermittlerinnen und Finanzermittler erhalten zusätzliche Ressourcen und digitale Werkzeuge, um Geldwäsche und illegale Finanzierungen frühzeitig aufzudecken und konsequent zu unterbinden.

Entscheidende Offensive gegen Jugendkriminalität und Gewalt

Die Zahl der Jugendkriminalität hat sich verdoppelt, was die Sicherheit der Wiener Bürgerinnen und Bürger gefährdet und das Vertrauen in den Rechtsstaat schwächt. Viele jugendliche Straftäterinnen und Straftäter sind Wiederholungstäterinnen und Wiederholungstäter und erleben kaum Konsequenzen, wodurch sich Gewalt und Kriminalität verfestigen.

Konkret fordern wir:

- Wir setzen konsequente Maßnahmen gegen Mehrfachtäterinnen und Mehrfachtäter um, indem jugendliche Straftäterinnen und Straftäter strenger sanktioniert und in Erziehungsprogramme eingebunden werden.
- Parallel dazu fördern wir flächendeckende Gewaltpräventionsprogramme an Schulen, um Konfliktlösungskompetenzen und soziale Verantwortung zu stärken. Gerade migrantische Milieus müssen hierbei ihren Beitrag leisten.

- Die Elternarbeit wird intensiviert, um klare Grenzen zu setzen und Frühwarnsysteme zu etablieren. Zudem wird die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Polizei sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern verbessert, um Problemverhalten frühzeitig zu erkennen und einzugreifen. Strenge Sanktionsmaßnahmen bieten ein zusätzliches Abschreibungspotenzial.
- Jugendkriminalität wird durch gezielte Sozialarbeit in Brennpunktvierteln eingedämmt, sodass Perspektiven geschaffen und Straftaten reduziert werden. Diese Ansätze sind jedoch nicht Selbstzweck, der Erfolg derartiger Programme wird daher regelmäßig evaluiert.

Migration steuern und nachhaltig begrenzen

Zuwanderung in das Sozialsystem entschieden stoppen

In den letzten Jahren ist die Wiener Mindestsicherung zu einem Magneten für die Einwanderung in das Sozialsystem geworden und hat sich als soziale Hängematte verfestigt. Seine Attraktivität als Großstadt darf Wien nicht noch durch großzügige Sozialleistungen weiter verstärken. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Fast zwei Drittel der Mindestsicherungsbezieherinnen und Mindestsicherungsbezieher in Wien sind Nichtösterreicherinnen und Nichtösterreicher; rund 44 % der Wiener Bezieherinnen und Bezieher sind Asylberechtigte (bzw. subsidiär Schutzberechtigte); fast drei Viertel aller Mindestsicherungsbezieherinnen und Mindestsicherungsbezieher in Österreich leben in Wien; und knapp 80 % aller Asyl-

berechtigten sowie über 90 % aller subsidiär Schutzberechtigten, die in Österreich Mindestsicherung beziehen, leben ebenso in Wien.

Diese Zahlen untermauern die dramatische Situation im Wiener Sozialhilfesystem. Wien gibt pro Tag über zwei Millionen Euro für die Mindestsicherung aus. Die Stadt Wien weist im Vergleich zu den anderen Bundesländern die längste durchschnittliche Bezugsdauer der Mindestsicherungsbeziehenden und Mindestsicherungsbezieher auf.

Konkret fordern wir:

- Die Stadt Wien muss endlich den Verfassungsbruch beenden und das vom Bund vorgegebene Sozialhilfe-Grundsatzgesetz sofort umsetzen. Wien kann sich die Sozialromantik nicht länger leisten.
- Dementsprechend muss die Leistung für subsidiär Schutzberechtigte auf das Niveau der Grundversorgung gedeckelt werden.
- Zudem benötigt es die Einführung einer Staffelung der Mindestsicherung bei Mehrfamilien analog zu anderen Bundesländern (unter anderem Nieder- und Oberösterreich).

Überbordende Sozialleistungen abschaffen

Wien hebt sich durch überdurchschnittlich hohe Sozialleistungen von den umliegenden Bundesländern ab. Das führt dazu, dass sich potenzielle und tatsächliche ausländische Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger verstärkt in Wien niederlassen. Dies belastet die sozialen Strukturen und sorgt für ein Ungleichgewicht in der bundesweiten Verteilung von Sozialhilfebeziehenden und Sozialhilfebezieherinnen. Wir reduzieren die teilweise

überhöhten Sozialleistungen in Wien auf das beispielhafte Niveau von Oberösterreich und Niederösterreich, um Fehlanreize zu verhindern und die soziale Gerechtigkeit zwischen den Bundesländern herzustellen. Sozialleistungen dürfen kein Sozialmagnet für Binnenmigration nach Wien sein. Auch gegenüber der heimischen Bevölkerung ist diese unfaire und überbordende Leistungshöhe nicht vermittelbar.

Konkret fordern wir:

- Die Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber werden auf das Niveau der Grundversorgung (wie im Grundsatzgesetz vorgesehen) gesenkt, während Leistungen für Integrationsverweigerer und straffällig gewordene Personen konsequent und gezielt gekürzt werden. Wer Probleme bereitet, wird hart sanktioniert.
- Gleichzeitig setzen wir Anreize für Menschen, die aktiv an Sprach- und Integrationsprogrammen teilnehmen, um langfristig ein faires und leistungsorientiertes Sozialsystem zu gewährleisten.

Integration selbstbewusst einfordern

Kampf gegen den Antisemitismus in der Stadtverfassung verankern

Das Land Wien – zugleich auch Gemeinde – ist eines von zwei Bundesländern, das in seiner Landesverfassung (in der Wiener Stadtverfassung) keine politischen Zielbestimmungen und Wertepostulierungen enthält.

Konkret fordern wir:

- Das Land Wien sollte grundsätzlich politische Zielbestimmungen in die eigene Lan-

desverfassung aufnehmen und in diesen unter anderem den folgenden Absatz integrieren: Die Stadt Wien bekennt sich zu ihrer besonderen historischen Verantwortung und verurteilt jegliche Form des Antisemitismus. Dies kommt umfassend im Handeln der Stadt zum Ausdruck, unter anderem in der Gesetzgebung, der Verwaltung, der Öffentlichkeitsarbeit oder als Förder- und Auftraggeber.

Wir bleiben dabei: keine Bühne für Antisemitismus, wie etwa bei den Wiener Festwochen! Das fängt bereits bei der Einladungspolitik an – und es spielt keine Rolle, ob die betreffende Person letztlich anwesend ist oder nicht.

Entschieden gegen islamische Sittenwächter vorgehen

Die selbsternannten „Sittenwächter“ machen es sich zur Aufgabe, eine rigide Auslegung islamistischer Verhaltensnormen den in Österreich lebenden muslimischen Frauen aufzuzutroyieren. Das sogenannte „Adat-Recht“, also ungeschriebene Kleider-, Verhaltens- und Kontaktregeln, soll muslimische Frauen auch in Österreich binden. Das Auftreten von „Sittenwächtern“ in Wien hat mehrere Dimensionen, die die Politik in ihrer Reaktion beachten muss.

Konkret fordern wir:

- Die Stadt Wien benötigt ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen die radikale islamistische Bewegung in Form von Social-Media-Kampagnen, wissenschaftlichen Erhebungen über islamistische Radikalisierungen, Aufklärung der Bevölkerung, Bekämpfung von freiheitseinschränkenden Verhaltensregeln und Gewaltprävention.

Kampf gegen Islamismus und radikale Strukturen entschieden führen

Der politische Islam und radikalisierte islamistische Gruppen untergraben die gesellschaftliche Ordnung und gefährden die Sicherheit in Wien. Forderungen nach der Einführung eines Kalifats ertönen ungestraft. Parallel dazu erhalten problematische Organisationen weiterhin Förderungen. Diese Entwicklungen fördern Parallelgesellschaften und stehen im Widerspruch zu den Grundwerten einer freien und demokratischen Gesellschaft.

Konkret fordern wir:

- Wir setzen ein klares Zeichen gegen islamistische Radikalisierung, indem wir den öffentlichen Ruf nach einem Kalifat unter Strafe stellen und strafrechtliche Maßnahmen gegen selbsternannte Sittenwächter ergreifen. Das Ziel ist, den Einfluss extremistischer Gruppen einzudämmen und die staatliche Autorität in allen gesellschaftlichen Bereichen zu sichern.
- Gleichzeitig überprüfen wir sämtliche Förderungen für Organisationen, die dem politischen Islam (zum Beispiel Muslimbruderschaft) zugeordnet werden können, setzen eine Offenlegungspflicht für Auslandsfinanzierungen von Vereinen durch und stellen sicher, dass der Religionsunterricht an Schulen transparent und frei von extremistischen Einflüssen bleibt.

Geistige Landesverteidigung gegen weltanschauliche Parallel- und Gegengesellschaften ertüchtigen

Strukturen des politischen Islam, Parallelgesellschaften und Radikalisierung bedrohen den

gesellschaftlichen Zusammenhalt und untergraben grundlegende demokratische Werte. In bestimmten Stadtteilen entstehen abgeschottete Gemeinschaften, in denen religiöse und ideologische Regeln staatliche Autorität verdrängen. Besonders in sozialen Medien verbreiten sich extremistische Inhalte unkontrolliert, die zur Radikalisierung junger Menschen beitragen. Wir setzen eine klare Strategie zur Bekämpfung der extremistischen Parallelgesellschaften um, indem wir gezielt gegen den politischen Islam, integrationsfeindliche Strukturen und Radikalisierung vorgehen. Dazu gehören strengere gesetzliche Maßnahmen gegen Organisationen, die Parallelgesellschaften fördern, sowie eine verstärkte Überwachung und Sanktionierung extremistischer Inhalte im digitalen Raum.

Konkret fordern wir:

- Konkret entwickeln wir Maßnahmen zur Bekämpfung radikaler Netzwerke in sozialen Medien, stärken Aufklärungskampagnen für Jugendliche und setzen auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Bildungseinrichtungen und Integrationsinitiativen.
- Gleichzeitig wird der Indikator „politischer Islam“ in den Integrationsmonitor aufgenommen, um Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und gezielte Gegenmaßnahmen einzuleiten. Zwangsheiraten durch Prävention verhindern

Zwangsehen durch Prävention verhindern

Eine Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung und muss als solche deutlich öffentlich geächtet werden. Weder aus patriar-

chalisches-traditionellen noch aus sonstigen Gründen ist es akzeptabel, dass Zwangsheiraten in Österreich und Wien stattfinden. Die Zwangsheiraten verstößt gegen österreichische Gesetze sowie gegen das Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen, in dem eine freie Partnerwahl und ein selbstbestimmtes Leben garantiert werden. Die Praxis zeigt, dass es auch über die rechtlichen Instrumente hinaus Maßnahmen bedarf, um Zwangsehen und unfreiwillige, durch Dritte geplante Ehen zu bekämpfen und den Opfern angemessenen Schutz zu gewähren.

Konkret fordern wir:

- Aufgrund der zunehmenden Bedeutung dieser Problematik sollten konkrete Maßnahmen vonseiten der Stadt Wien gesetzt werden, vor allem durch die Einbindung der Eltern und der von Zwangsheirat betroffenen Communitys.
- Außerdem sollte es an den Wiener Schulen eine verbindliche Präventions- und Informationsarbeit über die Probleme und Risiken von Zwangsheiraten geben.

Finanzierung rein fremdsprachiger Medien unterbinden

Jedes zweite Wiener Volksschulkind spricht zu Hause nicht Deutsch, was die Integration erschwert und langfristig soziale Parallelgesellschaften fördert. Dennoch werden weiterhin rein fremdsprachige Medien finanziell unterstützt, die den Erwerb der deutschen Sprache nicht fördern und bestehende Sprachbarrieren verstärken.

Konkret fordern wir:

- Wir setzen einen konsequenten Förder- und

Inseratenstopp für rein fremdsprachige Medien in Österreich durch. Öffentliches Geld darf nicht dazu beitragen, gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen, sondern muss gezielt in Maßnahmen fließen, die den Erwerb der deutschen Sprache fördern und eine gelungene Integration unterstützen.

- Stattdessen investieren wir verstärkt in mehrsprachige Angebote mit klarem Fokus auf Deutsch als gemeinsame Verständigungssprache. Dazu gehören gezielte Sprachförderprogramme für Kinder und Erwachsene, verpflichtende Deutschkurse für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer und eine verstärkte Unterstützung für Bildungseinrichtungen, um sprachliche Integration frühzeitig zu gewährleisten.

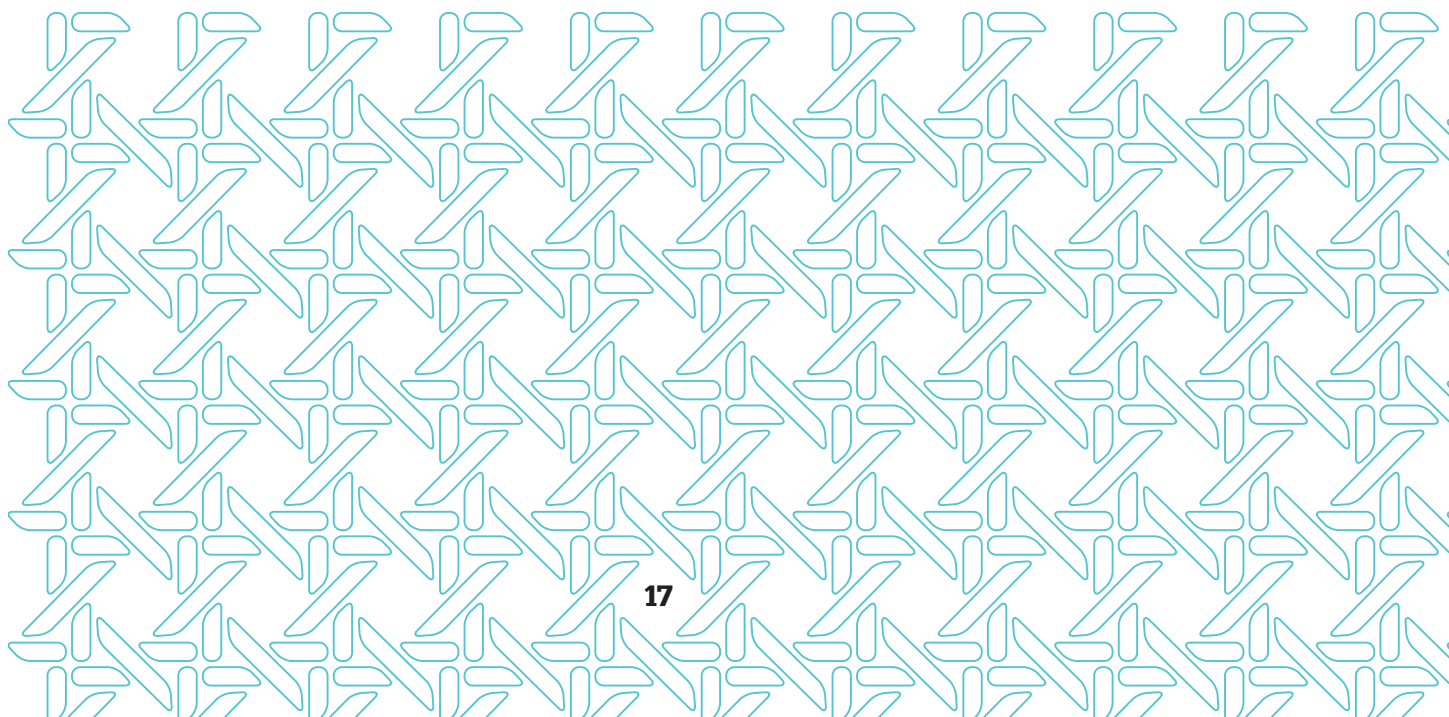
Bildungsoffensive starten und Deutschpflicht durchsetzen

Viele Kinder und Jugendliche in Wien verfügen über unzureichende Deutschkenntnisse, was

ihre Integration erschwert und zu erheblichen Bildungs- und sozialen Defiziten führt. Sprachbarrieren behindern den schulischen Erfolg, verringern die Zukunftschancen und tragen zur Entstehung von Parallelgesellschaften bei.

Konkret fordern wir:

- Wir setzen eine verpflichtende Sprachförderung ab dem frühen Kindesalter um, um sicherzustellen, dass jedes Kind mit ausreichenden Deutschkenntnissen in das Schulsystem eintritt. Dazu führen wir eine Sprachstandserhebung ab dem 3. Lebensjahr durch, um frühzeitig einen Förderbedarf zu erkennen und diesem gezielt entgegenzusteuern.
- Kinder mit Sprachförderbedarf müssen verpflichtend einen Kindergarten besuchen, in dem sie gezielt auf den Schulstart vorbereitet werden. Gleichzeitig stocken wir die Zahl der Sprachförderkräfte massiv auf, damit jedes Kind individuell gefördert wird.



WIRTSCHAFT, ENTLASTUNG UND LEBENSHALTUNGS- KOSTEN

”

Gesundheit, Internationales und die Interessen der EPU sind für mich mehr als Schlagwörter – sie sind meine Leidenschaft. Wien braucht eine starke Wirtschaftspolitik, die Sicherheit und Perspektiven schafft“

Kasia Greco (Platz 2), WKW-Vizepräsidentin und Gemeinderätin

Unser Wien als wirtschaftlicher Motor

Wien ist seit jeher ein wichtiger wirtschaftlicher Motor Österreichs und ein international anerkannter Wirtschaftsstandort. In einer sich rasant verändernden Welt müssen wir sicherstellen, dass unsere Stadt auch in Zukunft konkurrenzfähig bleibt. Dafür braucht es eine Politik, die unternehmerische Freiheit fördert, Bürokratie abbaut und auf Innovation setzt. Unser Ziel ist es, Wien als attraktiven Standort für Unternehmen zu stärken und gleichzeitig die Chancen der Digitalisierung und Nachhaltigkeit zu nutzen.

Leistung muss sich lohnen

Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, bringen Innovation und sorgen für Wohlstand. Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die den unternehmerischen Erfolg fördert, indem sie Bürokratie abbaut und steuerliche Anreize schafft. Gleichzeitig müssen wir denjenigen, die arbeiten, mehr von ihrem Einkommen lassen. Die steuerliche Entlastung der Menschen ist ein entscheidender Schritt, um die Kaufkraft zu stärken und die Lebenshaltungskosten zu senken.

Bürokratie abbauen, Unternehmen stärken

Wiener Unternehmen kämpfen mit bürokratischen Hürden, die Innovation und Wachstum hemmen. Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Ein-Personen-Unternehmen (EPU) als Rückgrat der Wiener Wirtschaft sollen spürbar entlastet werden. Wien ist die einzige europäische Metropole mit einer „Arbeitsplatzsteuer“ wie der „U-Bahn-Steuer“ und erhebt zusätzlich eine „Luftsteuer“ – beides ist im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld kontraproduktiv. Wir fordern die vollständige Abschaffung dieser Abgaben.

Steuern endlich senken

Erleichterungen für KMUs einführen

KMUs sind das Rückgrat der Wiener Wirtschaft, kämpfen jedoch mit einer hohen Abgabenlast und bürokratischen Hürden.

Wir setzen uns für eine spürbare Entlastung von KMUs ein.

Konkret fordern wir:

- Eine Senkung der Abgabenlast, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.
- Einen vereinfachten Zugang zu Fördermitteln, speziell für Digitalisierung und Innovation.
- Den Ausbau digitaler Prozesse, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

U-Bahnsteuer abschaffen und Unternehmen entlasten

Die Wiener Dienstgeberabgabe („U-Bahn-Steuer“) ist eine zusätzliche finanzielle Belas-

tung für Wiener Unternehmen und macht den Standort im Vergleich zu anderen Bundesländern unattraktiver. Diese Abgabe verteuert Arbeitsplätze, erhöht die Betriebskosten und schwächt besonders KMUs. Im Jahr 2024 hat die Stadt Wien dadurch rund 78 Millionen Euro eingenommen – Geld, das direkt aus den Budgets der Unternehmen fließt und Investitionen hemmt.

Wir setzen uns für die Abschaffung der U-Bahn-Steuer ein, um die Wettbewerbsfähigkeit Wiens zu stärken und Unternehmen zu entlasten. Eine moderne Wirtschaftsmetropole darf ihre Betriebe nicht durch unnötige Sonderabgaben belasten, sondern muss Anreize für Wachstum und Beschäftigung schaffen.

Konkret fordern wir:

- Durch die Streichung der U-Bahn-Steuer werden Unternehmen spürbar entlastet, was insbesondere für den Mittelstand und aufstrebende Betriebe einen wichtigen Faktor darstellt. Dies fördert die Schaffung neuer Arbeitsplätze, steigert Investitionen und sorgt langfristig für ein wirtschaftsfreundlicheres Klima in Wien.

Luftsteuer streichen - Bürokratie abbauen

Unternehmen in Wien müssen trotz Reformen weiterhin eine Luftsteuer zahlen, wenn sie Schilder, Laternen oder Leuchtreklamen im öffentlichen Raum anbringen. Diese Gebrauchsabgabe stellt eine unnötige finanzielle Belastung dar und schafft bürokratische Hürden, die insbesondere KMUs treffen. Während andere Städte solche Abgaben längst abgeschafft haben, hält Wien an veralteten Regelungen fest, die wirtschaftliche Aktivitäten erschweren.

Wir setzen uns für die vollständige Streichung der Luftsteuer ein, um Betriebe zu entlasten und unternehmerische Initiativen zu fördern. Werbung und Außenkennzeichnungen sind für den Einzelhandel, die Gastronomie und Dienstleistungsbetriebe essenziell – sie dürfen nicht durch bürokratische Auflagen behindert werden.

Konkret fordern wir:

- Durch die Abschaffung dieser Gebrauchsabgabe entfallen überflüssige Kosten für Unternehmen, wodurch mehr Spielraum für Investitionen und Wachstum entsteht.

Wirtschaftsförderung zur Chefsache machen

Tourismuszonen einführen und Wochenendöffnungen ermöglichen

Wien ist das einzige Bundesland, das keine Tourismuszonen mit erweiterten Ladenöffnungszeiten hat. Dies führt dazu, dass Besucherinnen und Besucher an Wochenenden auf andere Städte ausweichen, wodurch der heimische Handel Millionen an Umsatz verliert und neue Arbeitsplätze verhindert werden. Besonders stark betroffen sind Einkaufsstraßen sowie Tourismusbetriebe, die von zusätzlichen Öffnungszeiten profitieren könnten.

Wir setzen uns für die Einführung von Tourismuszonen mit flexiblen Ladenöffnungszeiten ein, um Wien als Wirtschafts- und Tourismusstandort zu stärken. Dies ermöglicht es, den Bedürfnissen der internationalen Gäste gerecht zu werden und gleichzeitig den lokalen Handel zu beleben.

Konkret fordern wir:

- Konkret sollen bestimmte touristische Hotspots – wie die Innere Stadt und Einkaufsstraßen mit hoher Besucherfrequenz – als Tourismuszonen ausgewiesen werden. Dort erhalten Betriebe die Möglichkeit, ihre Öffnungszeiten an Wochenenden zu erweitern.

Dies schafft bis zu 800 neue Arbeitsplätze, generiert zusätzliche 140 Millionen Euro Umsatz jährlich und sorgt dafür, dass Wien als moderne, wirtschaftsfreundliche Metropole international konkurrenzfähig bleibt.

Wiener Erdgeschossrevitalisierung vorantreiben

Immer mehr Erdgeschossflächen in Wiener Bezirken stehen leer. Unattraktive Geschäftsflächen schaden dem Stadtbild und erschweren es lokalen Betrieben, geeignete Standorte zu finden.

Wir setzen uns für eine gezielte Belebung von Erdgeschossflächen ein, um Nahversorgung, Gewerbe und urbane Begegnungsräume zu fördern.

Konkret fordern wir:

- Förderprogramm „Mein Grätzl lebt!“. Gezielte Förderungen für Betriebe, die leerstehende Erdgeschosslokale übernehmen, mit Fokus auf Handwerk, Nahversorgung und Dienstleistungen.
- Flexible Zwischennutzung: Unbürokratische Genehmigungen für kreative und temporäre Nutzungen wie Pop-up-Stores, Co-Working-Spaces und urbane Werkstätten.
- Bürokratieabbau für Geschäftsgründerin-

nen und Geschäftsgründer: Reduktion bürokratischer Hürden und schneller Zugang zu Infrastrukturförderungen für neue Gewerbestandorte.

- Sicherheitsinitiative für Erdgeschosszonen: Kooperation mit Polizei und Sicherheitsdiensten für bessere Beleuchtung und Prävention von Vandalismus in gefährdeten Gebieten.

Wiener Fachkräfteoffensive 2030 starten

Der Fachkräftemangel bedroht Wiens wirtschaftliche Entwicklung. Unternehmen haben Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, während ungenutzte Arbeitskräftepotenziale in der Stadt bestehen bleiben.

Wir setzen uns für eine gezielte Förderung und Qualifizierung von Fachkräften ein, um Wien als Wirtschaftsstandort zukunftssicher zu machen.

Konkret fordern wir:

- Job und Skills Campus Wien: Einrichtung eines Weiterbildungs- und Qualifizierungszentrums in Kooperation mit Wirtschaftskammer und Betrieben, mit Schwerpunkt auf Digitalisierung, Handwerk, Pflege, Tourismus und MINT-Berufen.
- Lehre+-Modell: Ausbau eines Lehrlingsstipendiums für Erwachsene, um Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sowie Spätentschlossene gezielt in die Lehre zu bringen.
- Fachkräfte-Express: Einführung einer überregionalen Vermittlungsplattform für Fachkräfte mit garantierter Genehmigung von

Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen innerhalb von 14 Tagen.

- Arbeitszeitorientierung: Steuerliche Anreize für Unternehmen, um Teilzeitkräfte in Vollzeit zu bringen, insbesondere durch Kinderbetreuungsförderungen und flexiblere Arbeitszeitmodelle.

Vereinfachung von Unternehmensgründungen gewährleisten

Der Gründungsprozess in Wien ist zeitaufwendig und komplex, was viele Unternehmerinnen und Unternehmer vor Herausforderungen stellt.

Wir setzen uns für eine schnellere und unbürokratische Unternehmensgründung ein.

Konkret fordern wir:

- Die Einführung eines „Gründer-Express-Service“, der eine Unternehmensgründung in 24 Stunden ermöglicht.
- Digitale und automatisierte Verfahren, um Anmeldungen und Genehmigungen zu beschleunigen.
- Die Reduzierung der erforderlichen Behördenwege auf ein Minimum.

Gezielte Förderung von Start-ups forcieren

Start-ups sind Treiber von Innovation und Wirtschaftswachstum, doch bürokratische Hürden und steuerliche Belastungen erschweren den Markteintritt.

Wir setzen uns für eine dynamische Start-up-Förderung ein.

Konkret fordern wir:

- Vereinfachte Gründungsverfahren und re-

duzierte Bürokratie für Start-ups.

- Steuerliche Erleichterungen in den ersten Jahren, um finanzielle Spielräume zu schaffen.
- Spezielle Fördermodelle und Investitionsanreize zur Stärkung des Start-up-Ökosystems.

Breitbandoffensive Wien 2025 starten und Digitalisierung beschleunigen

Eine moderne Stadt benötigt eine moderne Infrastruktur. Doch Wien hinkt beim Breitbandausbau hinterher – besonders in Betriebsgebieten, in denen die mangelnde Internetgeschwindigkeit Unternehmen ausbremst.

Wir setzen uns für einen schnellen und flächendeckenden Breitbandausbau ein, um Wien als digitalen Wirtschaftsstandort zu stärken.

Konkret fordern wir:

- Gigabit-Wien: Flächendeckende Versorgung mit gigabitfähigem Internet bis 2027, mit gezielten Förderungen für Unternehmen in unterversorgten Gebieten.
- 5G-Schnellspur Wien: Bürokratische Genehmigungsverfahren für 5G-Sender drastisch verkürzen – jeder Antrag muss innerhalb von 30 Tagen bearbeitet sein.
- Breitband-Anschlussförderung für KMUs: Spezielle Förderung für Kleinstbetriebe mit unter zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um leistbare High-Speed-Internetanschlüsse zu ermöglichen.
- Verwaltungsreform „Digital First“: Digitalisierung aller Behördenwege für Unternehmen, um Verwaltungskosten zu senken und Prozesse zu beschleunigen.

Wien zur Urban-Tech-Hauptstadt Europas machen

Wien steht vor zunehmenden urbanen Herausforderungen wie Verkehrsüberlastung, steigenden Wohnkosten und Umweltbelastungen. Trotz hervorragender Universitäten und Forschungseinrichtungen schöpft die Stadt ihr Innovationspotenzial nicht aus, um diese Probleme mit modernen Technologien zu lösen. Während andere Metropolen gezielt in Urban-Tech investieren, bleibt Wien hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Wir setzen uns dafür ein, Wien zu einer führenden Urban-Tech-Hauptstadt Europas zu entwickeln. Durch gezielte Investitionen in Forschung, smarte Infrastruktur und technologische Innovationen kann die Stadt nachhaltige Lösungen für urbane Herausforderungen entwickeln und gleichzeitig als attraktiver Standort für Technologieunternehmen positioniert werden.

Konkret fordern wir:

- Wir fordern den Aufbau eines Urban-Tech-Innovationszentrums, das Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen, Start-ups und etablierten Unternehmen ermöglicht.
- Zusätzlich stärken wir den Austausch mit anderen Metropolen, um Best Practices zu übernehmen und Wien als internationales Zentrum für urbane Zukunftstechnologien zu etablieren.

Wien als KI-Innovationsstandort etablieren

Wien hat das Potenzial, eine führende Metropole für künstliche Intelligenz (KI) zu werden. Es fehlt jedoch eine zentrale Institution, die

Forschung, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung vernetzt.

Wir setzen uns für die Einrichtung eines KI-Kompetenzzentrums ein, das Wien als Innovationsstandort stärkt.

Konkret fordern wir:

- Ein interdisziplinäres KI-Labor, in dem Unternehmen und Forschungseinrichtungen praxisnahe Projekte umsetzen.
- Förderprogramme für KI-Start-ups, die finanzielle Mittel und Testumgebungen erhalten.
- Eine KI-Bildungsinitiative mit spezialisierten Studiengängen und Weiterbildungsangeboten.
- Großangelegte Pilotprojekte, etwa für smarte Verkehrssteuerung und intelligente Abfallwirtschaft.
- Steuerliche Anreize und Zugang zu anonymisierten städtischen Daten zur Förderung von KI-Anwendungen.
- Internationale Kooperationen, um Wien als globalen Innovationsstandort zu etablieren.

Lebenshaltungskosten und Wohnen bezahlbar machen

Wieder mehr Eigentum in Wien ermöglichen

Wien hat mit nur 19% Eigentumsquote den niedrigsten Anteil an Wohneigentum in ganz Österreich. Während in anderen Bundesländern viele Menschen durch den Kauf von Wohnungen oder Häusern Vermögen aufbauen und für das Alter vorsorgen, bleibt dies in Wien für viele unerreichbar. Der soziale

Wohnbau konzentriert sich fast ausschließlich auf Mietwohnungen, während Eigentumsförderung kaum eine Rolle spielt. Die Stadt Wien verfolgt seit Jahren eine Politik, die den Zugang zu Eigentum erschwert, anstatt diesen zu erleichtern.

Wir setzen uns für mehr Eigentumsmöglichkeiten in Wien ein, damit mehr Menschen langfristig Vermögen aufbauen und sich eine sichere Altersvorsorge schaffen können. Die Stadt darf den Erwerb von Wohneigentum nicht kategorisch ablehnen, sondern muss ihn gezielt fördern.

Konkret fordern wir:

- Wiedereinführung der Kaufoption für städtische Kleingärten: Seit 2021 ist es nicht mehr möglich, städtische Kleingärten zu erwerben. Diese Einschränkung muss rückgängig gemacht werden, damit Pächterinnen und Pächter die Möglichkeit erhalten, ihre Kleingärten in Eigentum zu übernehmen.
- Sofortkauf von Wohnungen ermöglichen: Gemeinnützige Wohnbauträger müssen verpflichtet werden, verstärkt Eigentumsoptionen anzubieten, damit Mieterinnen und Mieter direkt kaufen können.
- Mietkauf ausbauen: Wer eine geförderte Mietwohnung bewohnt, soll unter klaren gesetzlichen Bedingungen die Option haben, diese zu einem festgelegten und fair kalkulierten Kaufpreis zu erwerben. Dabei soll sich der Verkaufspreis am Kostendeckungsprinzip orientieren, um Spekulationen zu verhindern.
- Ausbau der Eigenmittlersatzdarlehen: In den letzten Jahren wurden kaum Eigenmittlersatzdarlehen für Eigentumswohnungen

vergeben. Das macht es vielen Menschen unmöglich, Eigentum zu finanzieren. Wir fordern eine massive Ausweitung dieser Darlehen, um den Zugang zu Eigentum für breitere Bevölkerungsschichten zu erleichtern.

Baurechte gezielt nutzen, leistbaren Wohnraum schaffen, Eigentum sichern

Der Wohnraumbedarf in Wien wächst, doch der Neubau ist teuer und Flächen sind knapp. Durch die verstärkte Vergabe von Baurechten an Bauträger kann rasch und nachhaltig leistbarer Wohnraum geschaffen werden – und das, ohne dass die Stadt ihr Eigentum an Grund und Boden verliert.

Wir setzen uns für die verstärkte Nutzung von Baurechten zur Schaffung sozialen Wohnraums ein.

Konkret fordern wir:

- Die vermehrte Vergabe städtischer Liegenschaften im Baurecht an Bauträger, um langfristig im Eigentum der Stadt zu bleiben.
- Die Festlegung eines niedrigen oder entfallenden Baurechtszinses, wenn im Gegenzug mindestens ein Drittel der Wohnungen zu gemeindebauähnlichen günstigen Mieten vergeben wird.
- Die flexible Nutzung der übrigen zwei Drittel für freien Mietwohnraum, um auch mittlere Einkommen zu entlasten.

Baukosten drastisch senken, Bauen wieder leistbar machen

Die Novelle der Wiener Bauordnung 2023 wurde als große Entlastung angekündigt – in der Praxis wurde das Bauen jedoch teurer statt günstiger.

Dabei könnte bis zu ein Drittel der Baukosten durch gezielte Reformen eingespart werden. Vor allem kostspielige Vorgaben wie verpflichtende Garagenbauten oder überzogener Brandschutz treiben die Preise unnötig in die Höhe.

Wir setzen uns für eine praxisnahe Bauordnung ein, die leistbares Wohnen wieder ermöglicht.

Konkret fordern wir:

- Die Reduktion überbordender Bauvorschriften, insbesondere im Bereich Brandschutz, auf ein sicheres, aber wirtschaftlich sinnvolles Maß.
- Die Evaluierung von Parkplatzpflichten für mehr Flexibilität und eine Reduktion der Baukosten bis zu 30 %.
- Eine gezielte Bauordnungsnovelle, die Kostensenkung und leistbaren Wohnraum als oberstes Ziel verfolgt.
- Die Verknüpfung mit einer Gesamtstrategie zur Parkraumbewirtschaftung, um Mobilität und Baukosten in Einklang zu bringen.

Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ evaluieren

Die aktuelle Zwei-Drittel-Regelung im geförderten Wohnbau verpflichtet Bauträger bei neuen Widmungen ab 5.000 m² Bruttogeschossfläche, bis zu zwei Drittel der Wohnungen gefördert zu errichten – zu Bedingungen, die in der Praxis kaum realisierbar sind. Die festgelegte Maximalkaufsumme von 188 Euro pro m² Bodenfläche stellt eine massive Hürde dar und hat bisher nicht zu einer signifikanten Ausweitung leistbaren Wohnraums geführt.

Wir setzen uns für eine realistische und wirk-

same Wohnbaupolitik ein, die ökonomisch umsetzbar ist und tatsächlich sozialen Wohnraum schafft.

Konkret fordern wir:

- Eine umfassende Evaluierung der bestehenden Zwei-Drittel-Regelung in der Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ hinsichtlich ihrer Praxistauglichkeit und preisdämpfenden Wirkung.
- Die Orientierung an erfolgreichen Modellen wie dem „Hamburger Drittmix“, der ein ausgewogenes Verhältnis von gefördertem Wohnbau, Eigentum und frei finanziertem Wohnraum schafft.
- Die Anpassung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (zum Beispiel Bodenpreisobergrenze), um geförderten Wohnbau realistisch plan- und umsetzbar zu machen.

Einkommensgrenzen für den Einzug in den Gemeindebau senken

Die Wiener Gemeindebauten wurden ursprünglich geschaffen, um einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern leistbaren Wohnraum zu bieten. Doch die aktuell geltenden Einkommensgrenzen sind so hoch angesetzt, dass auch Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen Zugang zu Gemeindewohnungen erhalten. Dies führt dazu, dass Menschen mit tatsächlichem Wohnbedarf oft lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen oder gar keine Chance auf eine Wohnung bekommen.

Wir setzen uns für eine Senkung der Einkommensgrenzen für den Einzug in den Gemeinde-

bau ein, damit diese Wohnungen vorrangig jenen zugutekommen, die sie wirklich benötigen. Soziale Durchmischung ist wichtig, darf aber nicht dazu führen, dass einkommensstärkere Haushalte subventionierte Wohnungen belegen, während Geringverdienerinnen und Geringverdiener auf teure Privatmieten ausweichen müssen.

Konkret fordern wir:

- Die derzeitigen Einkommensgrenzen sollen gesenkt werden, um sicherzustellen, dass Gemeindebauten primär einkommensschwachen Wienerinnen und Wienern zur Verfügung stehen.
- Durch eine gezieltere Vergabe kann die soziale Treffsicherheit verbessert und das System gerechter gestaltet werden, sodass öffentliche Mittel effizient dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Überprüfung der Miete („Solidaritätszuschlag“ bzw. „Gehaltscheck“)

Viele Mieterinnen und Mieter in Wiener Gemeindebauten verdienen inzwischen deutlich mehr als die ursprünglich festgelegten Einkommensgrenzen. Dennoch profitieren sie weiterhin von günstigen Mieten, während einkommensschwache Haushalte oft keinen Zugang zu diesen Wohnungen erhalten und auf den teuren privaten Wohnungsmarkt ausweichen müssen. Dies führt zu einer ungerechten Verteilung öffentlicher Wohnressourcen und belastet das Sozialsystem.

Wir setzen uns für eine Überprüfung der Mieten im Gemeindebau ein, um sicherzustellen, dass einkommensstarke Haushalte einen fairen Beitrag leisten. Wer mehr verdient, soll auch

eine angemessene Miete zahlen. Dies stellt eine gerechtere Verteilung sicher, ohne die soziale Durchmischung in Gemeindebauten aufzugeben.

Konkret fordern wir:

- Dafür fordern wir eine Anpassung des Mietrechtsgesetzes, um einen „Solidaritätszuschlag“ für Mieterinnen und Mieter mit hohem Einkommen zu ermöglichen. Die so gewonnenen Mittel sollen gezielt in den sozialen Wohnbau reinvestiert werden, um mehr leistbaren Wohnraum für jene zu schaffen, die ihn wirklich benötigen. So bleibt der Gemeindebau ein Ort sozialer Sicherheit, ohne ungerechtfertigte Subventionierung von Besserverdienenden.

Betriebskosten senken (Valorisierungsgesetz abschaffen)

Die stetig steigenden Betriebskosten für Müll- und (Ab-)Wassergebühren belasten die Wiener Haushalte erheblich und treiben die Wohnkosten in die Höhe. Das Valorisierungsgesetz sorgt dafür, dass diese Gebühren regelmäßig angehoben werden, wodurch Wohnen in Wien zunehmend teurer wird. Die Erhöhung im Jahr 2025 hat diese Situation weiter verschärft und insbesondere Haushalte mit niedrigerem Einkommen getroffen.

Wir setzen uns für eine Abschaffung des Valorisierungsgesetzes ein, um eine sofortige Entlastung der Bevölkerung zu erreichen. Die Stadt darf sich nicht über automatische Gebührenerhöhungen finanzieren, während die Menschen mit steigenden Wohnkosten kämpfen.

Konkret fordern wir:

- Eine Reduzierung der Gebühren für Müll-

und Abwasser.

- Eine gesetzliche Deckelung, um eine unverhältnismäßige Belastung der Mieterinnen und Mieter zu verhindern.
- Gleichzeitig müssen Einsparpotenziale in der Stadtverwaltung genutzt werden, um unnötige Kosten zu senken, anstatt sie auf die Bevölkerung abzuwälzen. Leistbares Wohnen muss wieder Priorität haben.

Gerechtigkeit bei Wohnvergabe sichern

Der Zugang zu gefördertem Wohnraum in Wien muss gerecht und nachvollziehbar geregelt sein. Derzeit erlaubt die Stadt Wien eine deutlich weitergehende Weitergabe von Gemeindewohnungen, als dies das Mietrechtsgesetz vorsieht. Dadurch entstehen Ungleichheiten bei der Wohnungsvergabe und Menschen mit dringendem Wohnbedarf werden benachteiligt.

Konkret fordern wir:

- Eine Beschränkung der Eintrittsrechte im Gemeindebau auf den gesetzlich vorgesehenen engen Familienkreis (Ehepartnerinnen und Ehepartner, eingetragene Partnerinnen und Partner, Kinder). Die Abschaffung der Weitergabemöglichkeit an entfernte Verwandte wie Cousinsen/Cousins, Onkel/Tanten, Nichten/Neffen oder frühere Lebensgefährten.
- Die Wiedereinführung des Nachweises eines gemeinsamen Haushalts als Voraussetzung für das Eintrittsrecht.

Deutschkenntnisse als Voraussetzung für eine Gemeindewohnung einfordern

Ein gelingendes Zusammenleben im Gemeindebau setzt eine gemeinsame Sprache voraus. Derzeit erhalten auch Personen ohne ausreichende Deutschkenntnisse Zugang zu Gemeindefwohnungen, was die Integration erschwert und Parallelgesellschaften begünstigt. Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe – auch im Wohnumfeld.

Wir setzen uns für Deutsch als verbindliche Voraussetzung für den Zugang zu gefördertem Wohnraum ein.

Konkret fordern wir:

- Die Einführung eines verbindlichen Nachweises über Deutschkenntnisse auf Niveau B1 (Europäischer Referenzrahmen) als Voraussetzung für die Vergabe einer Gemeindefwohnung.
- Ausnahmen nur bei nachgewiesenen gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen. Begleitend: Den Ausbau niederschwelliger Deutschkurse, damit Bewerberinnen und Bewerber gezielt unterstützt werden können.

Wohngemeinschaften im Gemeindebau ermöglichen

Derzeit ist es für Wohngemeinschaften faktisch unmöglich, in eine Gemeindefbauwohnung einzuziehen. Die bestehenden Vorgaben schließen moderne Wohnformen wie Wohngemeinschaften aus und verhindern flexible, gemeinschaftsorientierte Wohnlösungen – gerade für junge Menschen oder Menschen in Ausbildung.

Wir setzen uns für die Öffnung des Gemeindebaus für Wohngemeinschaften ein.

Konkret fordern wir:

- Die Überarbeitung der formalen und organisatorischen Kriterien für den Einzug von Wohngemeinschaften in Gemeindefwohnungen.
- Die Einführung von wohngemeinschaftstauglichen Wohnungsangeboten im Gemeindebau.
- Eine bessere Beratung und digitale Tools zur Bewerbung als Wohngemeinschaft.

Zugang für Studentinnen und Studenten zum Gemeindebau ermöglichen

Studentinnen und Studenten haben oft ein geringes Einkommen und finden schwer leistbaren Wohnraum in Wien. Gleichzeitig ist der Zugang zu Gemeindefwohnungen mit langen Wartezeiten verbunden.

Wir setzen uns für einen schnelleren Zugang zum Gemeindebau für Studentinnen und Studenten ein.

Konkret fordern wir:

- Die Reduktion der Wartezeit auf das Wohnticket für Studentinnen und Studenten.
- Die Gleichstellung mit Lehrlingen, etwa durch den sofortigen Anspruch nach Studienbeginn oder Wohnsitznahme in Wien.
- Die Berücksichtigung von Studentinnen und Studenten bei der Vergabe kleiner und wohngemeinschaftsgeeigneter Wohnungen.

Seniorengerechtes Wohnen fördern und Alternativen zum Heim schaffen

Viele ältere Menschen möchten so lange wie möglich selbstständig in ihren eigenen vier Wänden leben. Der Umbau bestehender Wohnräume sowie neue Wohnformen wie

Mehrgenerationenhäuser und Seniorenwohngemeinschaften sind dafür entscheidend.

Wir setzen uns für mehr seniorengerechten Wohnraum in Wien ein.

Konkret fordern wir:

- Eine finanzielle Unterstützung für den barrierefreien Umbau bestehender Wohnungen.
- Den Ausbau von alternativen Wohnformen wie betreutes Wohnen, Seniorenwohngemeinschaften oder ReHABITAT-Modellen.
- Eine Stadtplanung mit Fokus auf generationengerechte Quartiere mit Nahversorgung, Begegnungsräumen und sozialer Teilhabe.

Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern schaffen

Familien mit mehreren Kindern haben in Wien große Schwierigkeiten, eine geeignete Gemeindeförderung zu finden. Der soziale Wohnbau bietet fast ausschließlich kleine Wohnungen an, während 4-Zimmer-Wohnungen Mangelware sind. Dies zwingt viele Familien, in beengten Verhältnissen zu leben oder auf teuren privaten Wohnraum auszuweichen. Selbst im Neubau werden kaum größere Einheiten geschaffen, obwohl die Nachfrage hoch ist.

Wir setzen uns für mehr familiengerechte Wohnungen im Gemeindebau ein, damit auch größere Haushalte leistbaren Wohnraum finden. Familien mit mehreren Kindern dürfen nicht benachteiligt werden, weil der soziale Wohnbau an den Bedürfnissen großer Familien vorbeiplant.

Konkret fordern wir:

- Die Zusammenlegung bestehender Wohnungen, um größere Einheiten für Familien zu schaffen.
- Mehr 3- und 4-Zimmer-Wohnungen im Neubau, damit Familien langfristig eine Perspektive im Gemeindebau haben.
- Eine priorisierte Vergabe von größeren Wohnungen an Familien, um sicherzustellen, dass der vorhandene Wohnraum sozial gerecht genutzt wird.

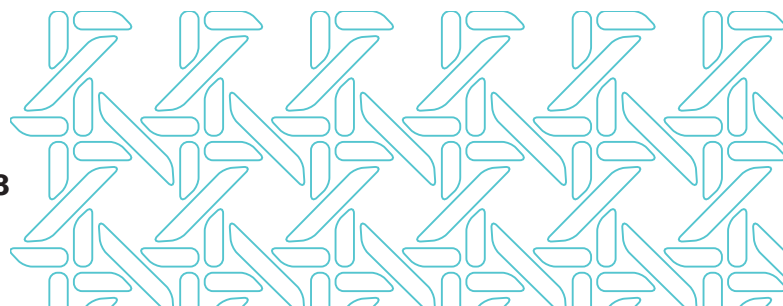
Kinderspielplätze bei Neubauten sicherstellen

In vielen Neubauprojekten verschwinden Kinderspielplätze oder werden auf externe Flächen ausgelagert. Dies widerspricht den Bedürfnissen von Familien und Kindern im direkten Wohnumfeld.

Wir setzen uns für eine verpflichtende Schaffung von Kinderspielplätzen bei neuen Wohnprojekten ein.

Konkret fordern wir:

- Die Verpflichtung für Bauträger, Spielplätze direkt am Baugrund zu errichten.
- Eine Mindestausstattung je nach Projektgröße, damit Spielräume nicht wegfallen oder zu klein geraten.
- Eine strenge Prüfung der Einhaltung durch die Baupolizei und Stadtplanung.



BILDUNG, WERTE- VERMITTLUNG UND LEITKULTUR STÄRKEN

”

Die Stadtregierung lässt junge Menschen in jeder Lebensphase mit ihren Problemen alleine: sei es durch die nicht funktionierende Deutschförderung im Kindergartenalter oder das fehlende Jahres-Öffiticket für Studenten – diesem Trend möchte ich ein Ende bereiten!“

Harald Zierfuß (Platz 3), Jugendspitzenkandidat, Bildungssprecher und Landesobmann der JVP

Bildung als Schlüssel für Wiens Zukunft

Eine erfolgreiche Bildungskarriere ist die Grundlage für persönliche Entfaltung, sozialen Aufstieg und wirtschaftlichen Erfolg. Sie entscheidet über die Zukunftschancen jedes Kindes – und damit auch über die Zukunftswettbewerbsfähigkeit unserer Stadt.

In keiner anderen Region Österreichs steht das Bildungssystem vor derartig großen Herausforderungen wie in Wien: Die Hälfte von Wiens Schulanfängerinnen und Schulanfängern kann nicht Deutsch, die Schulklassen sind übervoll, die Zahl der Containerklassen wächst, Gewalt und Radikalisierung breiten sich immer mehr

aus – und das alles vor dem Hintergrund eines Mangels an Supportpersonal.

Pädagogischer Braindrain dank links-linker Politik

Immer mehr Pädagoginnen und Pädagogen verlassen deshalb die Bundeshauptstadt oder gleich den Beruf, sodass mittlerweile jede fünfte Lehrkraft in Wien keine fertige Ausbildung aufweist. In den vergangenen fünf Jahren sind die Bedingungen in Wiens Kindergärten und Schulen nicht besser, sondern schlechter, der Frust der Pädagoginnen und Pädagogen größer und die Chancen der Kinder kleiner geworden.

Deutsch ist Pflicht, Habibi

Die Wiener Volkspartei setzt sich für eine Bildungspolitik ein, die Leistung fördert und fordert, Chancengerechtigkeit sichert und Kinder bestmöglich auf ihre Zukunft vorbereitet. Gerade in einer Stadt, in der die Hälfte der Schulanfänger – trotz jahrelangem Kindergartenbesuch – kein Deutsch versteht, braucht es den klaren Fokus auf die Deutschförderung in der Elementarpädagogik.

Überall in der Stadt wird gebaut, nur in der Bildung rührt sich nichts

Unser Ziel ist es, dass jedes in Österreich geborene Kind bis zum Schuleintritt Deutsch spricht. Dafür braucht es gut ausgebildete und motivierte Pädagoginnen und Pädagogen, die die Basis und das Fundament für den Start einer erfolgreichen Bildungskarriere sind und deshalb unseren vollen Rückhalt verdienen. Die Herausforderungen und Baustellen im Wiener Bildungssystem sind groß. Es ist Zeit, dass tiefgreifende und umfassende Maßnahmen getroffen werden.

Kindergärten in den Fokus nehmen

Maßnahmen gegen Pädagogenmangel anschieben

Nur ein Viertel der ausgebildeten Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen entscheidet sich aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen in Wiens Kindergärten für einen tatsächlichen Berufseinstieg. Die Stadtregierung hat es in den vergangenen Jahren verabsäumt, hierfür konkrete Maßnahmen zu setzen und damit mehr ausgebildete

Fachkräfte in den Beruf zu bringen.

Neben der bereits angeführten Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels sowie mehr Supportpersonal braucht es deshalb auch eine gerechte Bezahlung und mehr Vorbereitungszeit für Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen.

Konkret fordern wir:

- Einheitliche und gerechte Gehälter für Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen in städtischen und privaten Kindergärten, um faire Bedingungen zu schaffen und für Transparenz bei der Finanzierung von städtischen Kindergärten zu sorgen.
- Gesetzlich garantierte und finanzierte Vorbereitungszeit für Pädagoginnen und Pädagogen, um die Betreuungsqualität und die Arbeitsbedingungen für Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen zu verbessern.

Fachkraft-Kind-Schlüssel verbessern

Nach wie vor werden in Wiener Kindergärten teilweise bis zu 25 Kinder von einer einzigen Fachkraft betreut, was eine hochwertige pädagogische Arbeit sowie eine effektive Deutschförderung erheblich erschwert.

Der Fachkraft-Kind-Schlüssel ist damit weit von internationalen Standards entfernt und beeinträchtigt sowohl die Bildungsqualität als auch die Arbeitsbedingungen der Pädagoginnen und Pädagogen, was erneut den Personal-mangel im Kindergartenbereich befeuert. Da die Kindergärten in Gesetzgebung und Vollziehung in der Verantwortung der Bundeslän-

der liegen, braucht Wien diesbezüglich nicht auf Vorgaben seitens des Bunds zu warten.

Konkret fordern wir:

- Eine sofortige, schrittweise Reduktion der Gruppengröße und damit eine sukzessive Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels für Wiens Kindergärten, um die Qualität der Betreuung sowie der Deutschförderung zu erhöhen.
- Bereitstellung von Support- und Administrativpersonal zur Unterstützung und Entlastung der Fachkräfte wie Psychologinnen und Psychologen, Logopädinnen und Logopäden, Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die allen Wiener Kindergärten unbürokratisch und unentgeltlich zur Verfügung stehen.

Deutschförderplan im Kindergarten umsetzen

Fast 50 % der Schulanfängerinnen und Schulanfänger in Wien sprechen nicht ausreichend Deutsch, um dem Unterricht zu folgen – obwohl zwei Drittel dieser Kinder in Österreich geboren wurden und durchschnittlich zwei Jahre einen Wiener Kindergarten besucht haben. Das ist ein integrations- und bildungspolitisches Alarmsignal. Die bestehenden Maßnahmen zur Sprachförderung im Kindergarten sind unzureichend und müssen grundlegend reformiert werden.

Unser Ziel: Jedes in Österreich geborene Kind soll bei Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, um als ordentliche Schülerin und ordentlicher Schüler erfolgreich am Unterricht teilzunehmen. Das ist

der Schlüssel für Chancengerechtigkeit und Bildungserfolg.

Konkret fordern wir:

- Verpflichtender, ganztägiger Kindergartenbesuch ab 3 Jahren bei Sprachförderbedarf: Kinder mit festgestelltem Deutschförderbedarf müssen verpflichtend ganztags einen Kindergarten besuchen, um ausreichend Sprachkompetenz zu erwerben. So wird sichergestellt, dass kein Kind ohne Deutschkenntnisse eingeschult wird.
- Verbindliche Sprachstandsfeststellung für alle 3-Jährigen in Wien: Unabhängig vom aktuellen Kindergartenbesuch muss der Sprachstand aller Kinder ab dem 3. Geburtstag überprüft werden. So kann frühzeitig erkannt werden, ob eine gezielte Sprachförderung notwendig ist.
- Koppelung der Kindergartenförderung an die Qualität der Deutschförderung: Erfüllt ein Kindergarten dauerhaft nicht den Bildungsauftrag zur sprachlichen Förderung, müssen städtische Förderungen evaluiert und ggf. gekürzt werden. Die Qualität der Deutschentwicklung ist dabei ein zentrales Kriterium.
- Eine Sprachförderkraft pro Kindergarten mit hohem Förderbedarf: In allen Kindergärten mit einem hohen Anteil an Kindern mit Sprachförderbedarf muss verpflichtend eine zusätzliche qualifizierte Sprachförderkraft vor Ort eingesetzt werden.
- C1-Deutschniveau für das gesamte Kindergartenpersonal: Auch Assistenzkräfte im Kindergarten müssen künftig über ein C1-Deutschniveau verfügen. Dafür braucht es einen klaren Stufenplan und finanzierte

Fortbildungsangebote für bestehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

- Verpflichtende Sprachförderausbildung für alle pädagogischen Fachkräfte: Neben der Sprachkompetenz braucht es auch gezielte didaktische Fähigkeiten. Alle Pädagoginnen und Pädagogen müssen eine anerkannte Zusatzqualifikation zur alltagsintegrierten Sprachförderung nachweisen.
- Erhöhung des Fachkraft-Kind-Schlüssels im Kindergartenbereich: Nur durch kleinere Gruppen und mehr Personal ist individuelle Sprachförderung möglich. Der Fachkraft-Kind-Schlüssel muss daher schrittweise verbessert und mittelfristig auf 1:8 bei den 3- bis 6-Jährigen abgesenkt werden.
- Erhalt des Ganztagskindergartenplatzes bei Karenz oder Arbeitsplatzverlust: Eltern dürfen den Kindergartenplatz ihrer Kinder nicht verlieren, nur weil sich ihre berufliche Situation ändert. Für Kinder mit Sprachförderbedarf ist jede Stunde im Kindergarten entscheidend – diese Plätze müssen gesichert bleiben.

Deutsch als gemeinsame Verständigungssprache wird bereits im frühen Kindesalter verankert, die Sprachdefizite zum Schulstart werden abgebaut und jedes Kind erhält echte Chancen auf Bildung und sozialen Aufstieg.

Professionalisierung der Kindergartenkontrollen vorantreiben

Der Fördermittelmissbrauch beim Kindergartenverein Minibambini hat gezeigt: Die unzähligen Fördermittelskandale der Vergangenheit wurden nicht dazu genutzt, um die Kindergartenkontrolle der Stadt Wien neu aufzustellen und zu professionalisieren.

Auch die mangelnden Deutschkenntnisse vieler Kindergartenkinder – trotz jahrelangem Kindergartenbesuch – zeigen, dass es nicht genügt, nur die Kindertagseinrichtung auf Tauglichkeit zu prüfen. Es muss vor allem die qualitative Bildungsarbeit kontrolliert werden, die im Kindergarten passieren muss.

Konkret fordern wir:

- Eine umfassende Neuaufstellung und Professionalisierung der Fördermittelkontrolle der MA 10 inklusive Aufstockung der Kontrolleure.
- Regelmäßige und unangekündigte Schwerpunktkontrollen der MA 11 im Hinblick auf die qualitative Bildungsarbeit und Deutschförderung in Kindergärten.

Christliche und traditionelle Feste bewusst feiern

In manchen Wiener Kindergärten und Schulen werden christliche und traditionell österreichische Feste wie Nikolaus, Weihnachten, Ostern, Erntedank sowie der Mutter- und Vatertag umbenannt oder ganz abgeschafft, was zur Entfremdung der österreichischen Traditionen führt.

Diese Feste sind jedoch Teil unseres kulturellen und historischen Erbes, die Werte wie Gemeinschaftssinn, Nächstenliebe und Dankbarkeit vermitteln und gerade Kindern mit anderen religiösen und kulturellen Hintergründen frühzeitig Toleranz und Respekt gegenüber der Kultur vermitteln, in der sie nun leben.

Wir setzen uns für den Erhalt christlicher sowie traditioneller Feste in Kindergärten und Schulen ein, damit Kinder und Jugendliche mit der Kultur ihres Landes vertraut bleiben und Werte

wie Zusammenhalt und Tradition weitergegeben werden.

Konkret fordern wir:

- Die Verankerung des Feierns christlicher Feste und österreichischer Traditionen im Jahreskreis von Kindergärten und Schulen.
- Die Überarbeitung des Bildungsplans der Stadt Wien mit der Festlegung verbindlicher Leitlinien und klarer Definition der konkreten Feste und Traditionen.

Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren einführen

Das Tragen eines Kopftuchs in jungen Jahren reduziert Mädchen frühzeitig auf ihr Geschlecht und hat eine segregative und antiintegrative Wirkung. Es bedeutet eine andauernde physische und psychische Disziplinierung von Mädchen sowie eine Einschränkung ihrer persönlichen und religiösen Selbstentfaltung. Das Tuch hat den Zweck, die Weiblichkeit zu verhüllen und ist daher für viele Frauen in islamischen Ländern ein Symbol der patriarchalen Unterdrückung.

Wir setzen uns für ein verfassungskonformes Kopftuchverbot in Kindergärten und Schulen bis zum 14. Lebensjahr ein, um die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Kinder zu schützen.

Konkret fordern wir:

- Ein gesetzliches Kopftuchverbot für Kinder unter 14 Jahren in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen.
- Sensibilisierungskampagnen für Eltern, um das Bewusstsein für individuelle Freiheit und Integration zu fördern.

Schulen nicht im Stich lassen

Unser differenziertes Bildungssystem entschieden verteidigen

Nur ein leistungsstarkes Bildungssystem wird den unterschiedlichen Talenten und Interessen unserer Kinder gerecht, fördert und fordert Leistung und sichert damit den Fortschritt und das Innovationspotenzial einer Gesellschaft, dessen wichtigster „Rohstoff“ aus gut ausgebildeten, leistungsstarken Fachkräften besteht.

„Leistung“ ist deshalb neben Werten wie Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit einer der Grundwerte der Österreichischen Volkspartei und notwendig für die persönliche Entfaltung und Kreativität in einer Leistungsgesellschaft.

Konkret fordern wir:

- Den Erhalt sowie die Weiterentwicklung unseres differenzierten Schulsystems und damit ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Gymnasiums in der Langform.
- Einen Schwerpunkt auf die Begabungsförderung an Schulen, damit Kinder im Sinne von Innovation und Fortschritt ihre Talente und Potenziale voll entfalten können.
- Den Kampf gegen leistungsfeindliche Elemente und Vorschläge von SPÖ und NEOS, wie etwa die Einführung einer Gesamtschule, die Abschaffung der Hausaufgaben, der Noten und am Ende auch der Matura.

Maßnahmenpaket gegen die Lehrerflucht aus Wien verabschieden

Wiens Schulklassen sind übervoll, die Hälfte der Schulanfänger kann nicht Deutsch, Gewalt und Radikalisierung breitet sich in Wiens Schulen immer mehr aus und Supportpersonal

ist rar. Immer mehr Pädagoginnen und Pädagogen verlassen die Bundeshauptstadt oder gleich den Beruf, sodass immer mehr Studentinnen und Studenten in den Klassenzimmern stehen – mittlerweile hat jede fünfte Lehrkraft in Wien keine fertige Ausbildung.

Während andere Bundesländer gezielt Wertschätzungsmaßnahmen und Anreize bieten, um Lehrkräfte zu halten oder neue zu gewinnen, hat die Stadt Wien hier bislang kaum gegengesteuert. Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen und Anreize für Lehrkräfte ein, um Wien als Standort attraktiver zu machen und den Unterricht langfristig zu verbessern.

Konkret fordern wir:

- Eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter sowie eine Schulärztin bzw. einen Schularzt für jede Wiener Pflichtschule, damit sich die Pädagoginnen und Pädagogen auf den Unterricht konzentrieren können.
- Die Einführung einer professionellen Schulassistenten und Supervision, um Lehrkräfte zu entlasten und pädagogische Qualität zu steigern.
- Die Erarbeitung eines umfassenden Wertschätzungspaketes für die Arbeit von Wiens Pädagoginnen und Pädagogen, um diese in Wien zu halten und neue Lehrkräfte zu gewinnen.

Kleinere Klassen durch effektiven Planstelleneinsatz gewährleisten

In keiner anderen Region Österreichs steht das Schulsystem vor derartig großen Herausforderungen wie in Wien. Dennoch sind gerade in der Bundeshauptstadt die Schul-

klassen am größten. So saßen im Schuljahr 2023/2024 mit 21,8 Kindern pro Klasse drei bis fünf Kinder mehr in den Klassen als in allen anderen Bundesländern – und das, obwohl alle Bundesländer vom Bund denselben Anteil an Lehrerplanstellen pro Schüler finanziert bekommen.

Dennoch leistet sich die Stadt Wien den Luxus, dass etwa eine Ex-Bildungsministerin Heinisch-Hosek zwar als Pädagogin angestellt wird, jedoch nie ein Klassenzimmer von innen sieht, da sie als „Kordinatorin Nahstellenproblematik im 10. Bezirk“ fungiert.

Konkret fordern wir:

- Kleinere Klassen auch in Wien analog zu den anderen Bundesländern mit Klassengrößen zwischen 16 und 18 Kindern.
- Transparenz und Effektivität beim Einsatz von Lehrerplanstellen, keine Verschwendung von Lehrerplanstellen für Altfunktionäre der Regierungsparteien.
- Die Einrichtung eines professionellen Systems der Schulassistenten, um Kindern mit besonderen Bedürfnissen Unterstützungspersonal bereitstellen zu können, das Pädagoginnen und Pädagogen von pflegerischen Tätigkeiten entlastet.

Erhalt und Weiterentwicklung von Deutschförderklassen in Wien sichern

Die Deutschförderklassen haben sich österreichweit als erfolgreiches Modell erwiesen: Bereits nach einem Jahr benötigten 75 % der Schülerinnen und Schüler keine oder nur noch eine reduzierte Förderung.

Allerdings sind in Wien die Klassen oft viel zu groß und zu voll, um effektive Deutsch-

förderung zu leisten. In 40 % der Fälle sitzen 16 bis 20 Kinder in den Klassen, in 10 % sogar 21 bis 25 Kinder – das führt die individuelle Förderung in Deutschförderklassen ad absurdum.

Konkret fordern wir:

- Den Erhalt und die Weiterentwicklung der Deutschförderklassen, damit jedes Kind die Chance hat, vor einem Umstieg in die Regelklasse ausreichend Deutsch zu lernen.
- Die Reduzierung der Gruppengrößen in Wiens Deutschförderklassen, um die Qualität der Deutschförderung in Wien zu erhöhen.

Flächendeckende Gewaltprävention zur Priorität machen

Gewalt, Mobbing und Diskriminierung an Wiener Schulen nehmen alarmierend zu. Die Anzeigen haben sich innerhalb eines Jahres vervierfacht, die Suspendierungen fast verdoppelt. Gleichzeitig steigt die Zahl der Fälle von Radikalisierung und Antisemitismus, während aktuelle Daten einfach nicht mehr erhoben werden.

Wir setzen uns für eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Gewalt an Schulen ein, die über einzelne Alibiprojekte der Stadt an einigen wenigen Schulen hinausgeht. Transparenz und flächendeckende Präventionsmaßnahmen sind essenziell, um ein sicheres Lernumfeld zu schaffen.

Konkret fordern wir:

- Eine regelmäßige, transparente Veröffentlichung von Gewaltdelikten an Schulen, um die Probleme sichtbar zu machen.
- Eine flächendeckende Gewaltprävention in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Projekt „UNDER 18“.

- Fallkonferenzen bei schwerwiegenden Fällen sowie feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner durch Grätzlpolizistinnen und Grätzlpolizisten an jeder Schule.
- Schwerpunkt Gewaltprävention in sozialpädagogischen Wohngemeinschaften der MA 11, in denen es häufig zu Polizeieinsätzen wegen Eskalationen kommt.

Gerechte Finanzierung bei Nachmittagsbetreuung angehen

Jede Familie funktioniert anders und benötigt eine andere Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Wir stehen deshalb zu einer echten Vielfalt, damit Familien frei wählen können, ob und welche Betreuung sie annehmen möchten. SPÖ und NEOS versuchen, mittels finanzieller Zwänge diese Wahl in Richtung Ganztagschule zu lenken, da dort sowohl das Mittagessen als auch die Nachmittagsbetreuung kostenfrei angeboten werden. Eltern, die sich gegen diesen SPÖ-Zwang entscheiden, müssen jährlich mehr als 3.000 Euro für Verpflegung und Nachmittagsbetreuung bezahlen. Das nimmt Eltern eine echte Wahlfreiheit. Wir setzen uns deshalb für eine gerechte Finanzierung und gleiche Bedingungen für alle Schulformen ein.

Konkret fordern wir:

- Eine gleiche Finanzierung für Verpflegung und Betreuung für alle Schulformen – unabhängig vom Modell der Nachmittagsbetreuung.
- Die gesetzliche Verankerung eines Mitspracherechts von Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern bei Änderungen der Betreuungsform durch das Schulforum.

STADTENTWICKLUNG, MOBILITÄT UND LEBENSQUALITÄT

”

Für uns war immer klar: Stadtentwicklung darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg passieren. Mobilität und Lebensqualität schließen einander nicht aus – im Gegenteil, sie gehören zusammen. Mit unserem Projekt Gürtel neu denken haben wir gezeigt, dass eine zukunftsorientierte Mobilität möglich ist, ohne dabei die Lebensqualität aus den Augen zu verlieren.“

Elisabeth Olischar (Platz 8), stellvertretende Gemeinderatsvorsitzende und Planungs- und Verkehrssprecherin

Nachhaltige Stadtentwicklung für ein lebenswertes Wien

Wien wächst – doch Wachstum darf nicht auf Kosten der Lebensqualität gehen. Eine moderne Stadtentwicklung bedeutet, den vorhandenen Raum effizient zu nutzen, Verkehrswege sinnvoll auszubauen und gleichzeitig Grünflächen zu erhalten. Statt unkontrollierter Bodenversiegelung und wachsender Verkehrsprobleme benötigen wir eine intelligente, nachhaltige Planung, die das Stadtbild verbessert und langfristig den Wohlstand sichert.

Ausgewogene Entwicklung für Mobilität, Wohnen und Umwelt

Eine zukunftsorientierte Stadtplanung muss sowohl den Wohnraumbedarf als auch die Mobilitätsanforderungen berücksichtigen. Wir setzen auf gezielte Nachverdichtung statt Flächenfraß, effizientere Bauvorschriften und die Schaffung moderner, umweltfreundlicher Verkehrswege. Wien braucht eine leistungsfähige Infrastruktur, ohne dabei den Schutz wertvoller Grünräume zu vernachlässigen.

Mehr Effizienz, weniger Bürokratie

Lange Genehmigungsverfahren und komplizierte Bauvorschriften verzögern dringend notwendige Projekte und treiben Kosten in die Höhe. Durch eine Entbürokratisierung der

Bauordnung, schnellere Verfahren und digitale Prozesse wollen wir die Stadtentwicklung effizienter gestalten und die Wohnraumschaffung erleichtern.

Wien als Modellstadt für nachhaltige urbane Entwicklung

Unser Ziel ist eine Stadt, die Wachstum mit Lebensqualität verbindet. Durch eine kluge Stadtplanung, innovative Mobilitätslösungen und nachhaltige Wohnkonzepte schaffen wir ein Wien, das nicht nur wächst, sondern sich gezielt weiterentwickelt – für die Menschen, die hier leben, und für kommende Generationen.

Stadtentwicklung und Infrastruktur

Wiener Ortsbild schützen und bewahren

Die wunderschöne, historische Bausubstanz Wiens sucht ihresgleichen. Diese einzigartige Baukultur muss geschützt und erhalten werden. Nach welchen Kriterien und Rahmenbedingungen Häuser und Ensembles derzeit unter Schutz gestellt werden, ist unklar. Willkür und Beliebigkeit darf es in der Stadtplanung nicht geben – und schon gar nicht bei zu schützenden Häusern. Ein transparenter und nachvollziehbarer Schutzmechanismus ist unerlässlich, um die architektonische Identität Wiens für zukünftige Generationen zu bewahren.

Konkret fordern wir:

- Transparenz und klare Spielregeln für Planungssicherheit

Nachverdichtung statt Bodenversiegelung priorisieren

Wien steht vor der Herausforderung, neuen Wohnraum zu schaffen, ohne wertvolle Grün- und Freiflächen zu zerstören. Boden ist eine begrenzte Ressource, die nicht vermehrt werden kann. Dennoch setzt die Stadtregierung weiterhin auf Neubauten auf der grünen Wiese, anstatt vorhandene Flächen effizienter zu nutzen.

Wir fordern die Priorisierung der Nachverdichtung, um ungenutzte Potenziale im Bestand zu heben und eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleisten.

Konkret fordern wir:

- Die Einführung des Prinzips „Nachverdichtung vor Bodenversiegelung“, um Grünflächen und Freiräume zu erhalten.
- Die Nutzung bereits bestehender Baupotenziale, insbesondere in Gemeindebauten, wo laut Arbeiterkammer bis zu 130.000 zusätzliche Wohnungen realisierbar sind.
- Eine sanfte Verdichtung und Aufstockung bestehender Gebäude, um effizient mehr Wohnraum zu schaffen, ohne neue Flächen zu versiegeln.
- Die Überbauung von Supermärkten. Die freistehenden, eingeschossigen Supermärkte in Wien mit großen Parkplatzen sind ineffizient und verschwenden wertvollen städtischen Raum. Wir fordern daher die Überbauung dieser Gebäude um zwei bis drei Geschosse, um neuen Wohnraum, Büros, Arztpraxen und Kindergärten zu schaffen. Dies fördert leistbares Wohnen,

schafft attraktive Grätzl und unterstützt Nachhaltigkeit. Bei Neuwidmungen sollen Flächen so geplant werden, dass Überbauung und gemischte Nutzung möglich sind, einschließlich nachhaltiger Parkplatznutzung durch Überbauung, Bepflanzung oder Photovoltaik.

Schutz und Erhalt des Weltkulturerbes sicherstellen

Das historische Zentrum von Wien – seit 2001 UNESCO-Weltkulturerbe – stand zuletzt durch das Heumarkt-Projekt unter Druck. Der Beschluss von SPÖ/Grünen 2017 hat Wien auf die Rote Liste der gefährdeten Welterbestätten gebracht. Der Welterbestatus ist weiterhin gefährdet, da Pseudomaßnahmen zur Sicherung des Welterbes zahnlos sind. Dabei sind die Welterbestätten essenziell für die kulturelle Identität Wiens, prägen das Stadtbild und sind ein bedeutender Faktor für den Tourismus.

Konkret fordern wir:

- Den Schutz und Erhalt des Weltkulturerbes am Heumarkt.
- Die sofortige Umsetzung des „Managementplans der UNESCO“, um Wien von der Roten Liste zu nehmen.
- Den Schutz und Erhalt des Otto-Wagner-Areals, um eine denkmalgerechte Nachnutzung zu garantieren.
- Keine Hochhäuser in Kern- sowie Pufferzonen, um das Weltkulturerbe zu schützen.

Entbürokratisierung der Bauordnung konsequent angehen

Die Bauordnung für Wien ist über Jahrzehnte

zu einem komplizierten und schwer verständlichen Regelwerk geworden. Unzählige Vorschriften und Auflagen erschweren notwendige Bauprojekte, treiben die Kosten in die Höhe und führen zu langen Genehmigungszeiten. Besonders innovative und nachhaltige Bauvorhaben scheitern oft an übermäßiger Bürokratie.

Wir setzen uns für eine umfassende Entbürokratisierung der Bauordnung ein, um Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen, Kosten zu senken und den Wohnbau effizienter zu gestalten.

Konkret fordern wir:

- Die Vereinfachung der Bauvorschriften, um Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen.
- Die Reduzierung unnötiger Auflagen, die nachhaltiges und innovatives Bauen behindern.
- Eine effektive Umsetzung eines digitalen Verfahrens für Bauanträge, um die Bearbeitung effizienter und transparenter zu machen.
- Die Auflösung von Widersprüchen in der Bauordnung, um Stillstand und Willkür zu verhindern.

Hundezonen aufwerten und in die Stadtplanung integrieren

Hundezonen sind wichtige Begegnungs- und Bewegungsräume für Mensch und Tier. Dennoch werden sie in der Stadtplanung Wiens häufig vernachlässigt oder durch neue Bauprojekte verdrängt. Gleichzeitig fehlt es an Ausstattung und Aufenthaltsqualität für Hund und Halterin bzw. Halter.

Konkret fordern wir:

- Verbindliche Integration in die Stadtplanung: Hundezonen sollen in neuen Stadtentwicklungsgebieten verpflichtend mitgedacht und eingeplant werden.
- Klare Kriterien für neue Hundezonen: Die Errichtung weiterer Zonen soll transparent und bedarfsgerecht erfolgen, basierend auf Einwohnerzahlen, Hundeanmeldungen und bestehenden Grünflächen.
- Aufwertung bestehender Zonen: Ausstattung mit Trinkwasserstellen, Trainingselementen, Schatten durch Bäume sowie Sitzgelegenheiten für Halterinnen und Halter.
- Zweckbindung der Hundeabgabe: Die Einnahmen aus der Hundeabgabe sollen gezielt für den Ausbau und die Pflege von Hundezonen verwendet werden.

Mobilität und Nahverkehr

Gürtel neu denken

Der Gürtel ist eine der zentralen Verkehrsadern Wiens – täglich frequentiert von rund 70.000 Fahrzeugen und von über 200.000 Menschen im näheren Umkreis genutzt. Dennoch wird sein volles Potenzial seit Jahren vernachlässigt: Lärm, hohe Verkehrsbelastung und unattraktive Flächennutzung prägen das Bild. Dabei könnte der Gürtel eine lebendige Stadtachse sein, die Mobilität, Wohnen und Lebensqualität vereint.

Die Wiener Volkspartei will das ändern: Mit dem Projekt „Gürtel neu denken“ wurde Wiens größtes innerstädtisches Stadtentwicklungsgebiet definiert, wobei von Beginn an auf echte Bürgerbeteiligung gesetzt wurde. Über

3.700 Wienerinnen und Wiener haben sich an Umfragen und Workshops beteiligt – ihre Wünsche sind klar: mehr Aufenthaltsqualität, bessere Verkehrsflüsse, mehr Grünraum, leistbares Wohnen und mehr Sicherheit.

Wir setzen uns für eine Transformation des Gürtels ein, die Verkehrssicherheit, Aufenthaltsqualität und Umweltfreundlichkeit miteinander verbindet – im Sinne der Anrainerinnen und Anrainer, Pendlerinnen und Pendler, Unternehmen sowie aller Wienerinnen und Wiener.

Konkret fordern wir:

- Mehr Grünflächen und Aufenthaltsräume, um den Gürtel lebenswerter zu gestalten und als städtischen Begegnungsraum aufzuwerten.
- Die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer durch moderne Querungshilfen, Radhighways und intelligente Ampelsteuerung.
- Attraktive Nutzungskonzepte, die urbane Entwicklung, nachhaltige Mobilität und moderne Stadtgestaltung kombinieren – zum Beispiel durch die Überplattung bestehender Verkehrsflächen oder die Belebung leerstehender Gürtelbögen.
- Eine Parkplatzneuordnung, Parkplätze sollen von der Oberfläche in moderne, quartiersnahe Garagen verlegt werden, um oberirdisch Raum für Begrünung, Spiel- und Erholungszonen zu schaffen.
- Punktuelle Untertunnelungen, wo notwendig, um Verkehrsflüsse zu entflechten und neue Gestaltungsspielräume zu schaffen.
- Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger

in Stadtentwicklungsprozesse durch verpflichtende und frühzeitige Bürgerbeteiligung, nicht nur nachträgliche Information.

Lobau-Tunnel bauen und Verkehr entlasten

Die Verkehrsinfrastruktur Wiens ist überlastet, insbesondere in den nördlichen Bezirken. Tägliche Staus beeinträchtigen den Pendlerverkehr, verzögern Warenlieferungen und verursachen hohe wirtschaftliche Kosten. Ohne eine neue Verkehrsverbindung droht der Stadt ein weiteres Verkehrschaos, das sowohl die Mobilität der Bevölkerung als auch die wirtschaftliche Entwicklung massiv einschränkt.

Wir setzen uns für den Bau des Lobau-Tunnels ein, um eine leistungsfähige Verbindung über die Donau zu schaffen und den Verkehr in Wien nachhaltig zu entlasten.

Konkret fordern wir:

- Den schnellstmöglichen Baustart für den Lobau-Tunnel, um die tägliche Stau-problematik zu lösen.
- Eine flüssigere Verkehrsführung für Pendlerinnen und Pendler sowie Unternehmen, um Zeitverluste und wirtschaftliche Schäden zu minimieren.

Kulturkampf gegen das Auto abwehren

Die Wiener Stadtregierung versucht zunehmend, das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger bis ins Detail zu reglementieren – insbesondere im Bereich der Mobilität. Autofahrer werden durch steigende Gebühren, restriktive Parkzonen und absichtlich geschaffene Verkehrsbehinderungen gegängelt, während das öffentliche Verkehrsangebot in den Außen-

bezirken unzureichend bleibt. Es ist jedoch nicht die Aufgabe der Politik, den Menschen vorzuschreiben, wie sie ihren Alltag organisieren sollen.

Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der die Wienerinnen und Wiener selbst entscheiden können, ob sie mit dem Auto, öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs sind. Die Stadtregierung sollte sich um die großen Herausforderungen kümmern, statt den Bürgerinnen und Bürgern unnötige Hürden aufzuerlegen.

Konkret fordern wir:

- Ein Nein zur ideologischen Verkehrspolitik – Mobilität muss pragmatisch angegangen werden und nicht als ideologischer Spielball.
- Gerechte Eine gerechte Verkehrsplanung für alle – den Ausbau der Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, statt einseitiger Maßnahmen gegen Autofahrerinnen und Autofahrer.
- Keinen Zwang – Die die Stadt hat nicht das Recht, vorzuschreiben, wie Menschen ihren Alltag organisieren.
- Bessere Rahmenbedingungen für Pendlerinnen und Pendler – Park- und- Ride-Anlagen ausbauen und öffentliche Verkehrsmittel attraktivierenattraktiver gestalten.
- Einen effizienten Verkehrsfluss durch die Forcierung der grünen Grünen Welle.

Parkraumbewirtschaftung neu denken

Die 2022 eingeführten flächendeckenden Kurzparkzonen sind unübersichtlich und belasten Autofahrerinnen und Autofahrer

unnötig. Besonders in den Außenbezirken gibt es keinen ausreichenden Bedarf für lange Parkraumbewirtschaftung.

Wir fordern eine Reform des Parksystems, die Anreize für nachhaltige Mobilität setzt, aber Autofahrerinnen und Autofahrer nicht übermäßig belastet.

Konkret fordern wir:

- Die Einführung eines Drei-Zonen-Modells mit gestaffelten Parktarifen (außen günstiger – innen teurer).
- Die Verkürzung der Parkraumbewirtschaftung in den Außenbezirken auf 19:00 Uhr.
- Eine zweckgebundene Verwendung der Parkgebühren für den Bau von Garagen oder die Grüne Welle.

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs vorantreiben

Die öffentliche Verkehrsanbindung in den Außenbezirken Wiens ist unzureichend und im Vergleich zu den innerstädtischen Bezirken stark benachteiligt. Viele Pendlerinnen und Pendler sind weiterhin auf den PKW angewiesen, da der öffentliche Verkehr oft längere Fahrzeiten benötigt oder unzureichende Verbindungen bietet. Das Bevölkerungswachstum in den Randbezirken macht eine umfassende Ausweitung des öffentlichen Verkehrs notwendig.

Wir setzen uns für eine deutliche Verbesserung der Öffi-Anbindung bis an die Stadtgrenze und darüber hinaus ein, um den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiver zu machen und den innerstädtischen Verkehr zu entlasten.

Konkret fordern wir:

- Den Ausbau von Park-und-Ride-Anlagen an strategischen Knotenpunkten, um Pendlerinnen und Pendlern den Wechsel auf den öffentlichen Verkehr zu erleichtern.
- Einen Mobilitätshub als die Garage der Zukunft. Langfristig soll der ruhende Verkehr großräumig von der Oberfläche gebracht werden, um Raum für alternative Nutzungen zu schaffen. In der Garage der Zukunft sind viele Nutzungen gebündelt und kombiniert, wie zum Beispiel Auto- und Radabstellmöglichkeiten, Werkstätten im Erdgeschoss, E-Lademöglichkeiten, Sharing Points für Autos und Fahrräder, Paketboxen sowie ein Sportplatz auf dem Dach.

Wir setzen uns für einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs in den Außenbezirken ein, um attraktive Alternativen zum Individualverkehr zu schaffen.

Konkret fordern wir:

- Die Erweiterung des U-Bahn-Netzes durch Abzweigungen in unterversorgten Gebieten.
- Den Ausbau und die Verdichtung von Straßenbahn- und S-Bahn-Linien, um schnelle und direkte Verbindungen zu ermöglichen.
- Die Prüfung und Erstellung einer umfassenden Roadmap für den forcierten Ausbau und die gezielte Verlängerung bestehender öffentlicher Verkehrslinien zur besseren Anbindung der Außenbezirke Wiens.
- Den Ausbau attraktiver und schneller Tangentialverbindungen, insbesondere durch neue Bim- und Buslinien, um Bezirke direkt miteinander zu verbinden und die Abhängigkeit vom Individualverkehr sowie vom Umweg über das Stadtzentrum zu reduzieren.

Um den öffentlichen Verkehr in Wien effizienter und attraktiver zu gestalten, müssen neue Lösungen entwickelt werden. Eine Expressbuslinie mit weniger Haltestellen kann eine schnelle, kostengünstige und flexible Ergänzung zum bestehenden Netz sein. Diese Linie soll zu den Stoßzeiten den öffentlichen Verkehr in den Außenbezirken entlasten.

Wir setzen uns für die Einführung einer Expressbuslinie in Transdanubien ein, um Pendler schnell und direkt zu ihren Zielorten zu bringen.



Die Stadtregierung lässt junge Menschen in jeder Lebensphase mit ihren Problemen alleine: sei es durch die nicht funktionierende Deutschförderung im Kindergartenalter oder das fehlende Jahres-Öffi-Ticket für Studenten – diesem Trend möchte ich ein Ende bereiten!“

Harald Zierfuß (Platz 3), Jugendspitzenkandidat, Bildungssprecher und Landesobmann der JVP Wien

Konkret fordern wir:

- Expressbuslinien mit weniger Haltestellen, um den öffentlichen Verkehr zu Stoßzeiten zu entlasten. Expressbuslinien: Der Ausbau von Öffis muss jedenfalls weiter vorangetrieben werden. Dabei sollten auch neue, innovative Wege beschritten werden. So könnte die Einführung einer Expressbuslinie (stoppt nur bei wichtigen, ausgewiesenen Haltestellen) beispielsweise

in den Außenbezirken um die Erreichbarkeit rasch und kosteneffizient erhöhen.

- Eine bessere Anbindung von Stadtentwicklungsgebieten, die aktuell nur schwer mit Öffis erreichbar sind.
- Ein flexibles, anpassbares Konzept, das je nach Bedarf erweitert oder optimiert werden kann.

U4-Verlängerung in den Westen endlich entschieden in Angriff nehmen

Das wirtschaftlich attraktive Gebiet rund um Auhof leidet unter einer unzureichenden öffentlichen Verkehrsanbindung, was Pendlerinnen und Pendler zur Nutzung des Autos zwingt. Dies führt zu einer hohen Umweltbelastung und Verkehrsüberlastung. Seit 1982 wurde die verkehrstechnische Entwicklung des Westens von Wien vernachlässigt.

Wir setzen uns für eine Verlängerung der U4 nach Auhof und Purkersdorf ein, um eine bessere Anbindung an die Wiener Innenstadt zu schaffen und den Individualverkehr zu reduzieren.

Konkret fordern wir:

- Die Erstellung einer technischen, zeitlichen und finanziellen Machbarkeitsstudie zur U4-Verlängerung.
- Eine Entlastung der Straßen durch eine attraktive und umweltfreundliche Alternative zum PKW.

Vergünstigte Öffi-Jahreskarte für Studentinnen und Studenten einführen

Während viele Bevölkerungsgruppen in Wien

vergünstigte Öffi-Tickets erhalten, gibt es für Studentinnen und Studenten keine eigene Jahreskarte. Stattdessen müssen sie sich vier verschiedene Tickets pro Jahr kaufen, was unnötig kompliziert und teuer ist.

Wir setzen uns für eine vergünstigte Öffi-Jahreskarte für Studentinnen und Studenten ein, um Bildung zu fördern und Studentinnen und Studenten finanziell zu entlasten.

Konkret fordern wir:

- Die Einführung einer ermäßigten Jahreskarte für Studentinnen und Studenten, vergleichbar mit dem TOP-Jugendticket.
- Eine Angleichung der Studententarife an andere Ermäßigungsmodelle, um Studentinnen und Studenten finanziell zu entlasten.

Fahrradmitnahme in der U-Bahn ermöglichen

Immer mehr Wienerinnen und Wiener nutzen das Fahrrad als Fortbewegungsmittel. Die Mitnahme in den Öffis ist derzeit nur begrenzt möglich. Um das Fahrrad auch für längere Strecken attraktiv zu machen, wäre eine Kombination mit den Öffis sinnvoll. Um Konflikten vorzubeugen, schlagen wir vor, in den U-Bahnen Platz für Räder zu schaffen. Wir setzen uns für eine praktikable und zukunftsichere Lösung zur Fahrradmitnahme in der U-Bahn ein.

Konkret fordern wir:

- Einen ausgewählten U-Bahn-Waggon als Steh- und Fahrradwaggon, um eine klare und sichere Mitnahme zu ermöglichen.
- Halteriemen oder Abstellvorrichtungen in U-Bahnen, angelehnt an bewährte Konzepte aus Zügen.

- Eine Erweiterung der Fahrradmitnahmezeiten, um auch Pendlerinnen und Pendlern entgegenzukommen.

Radfahrprüfungen für alle Volksschülerinnen und Volksschüler durchführen

Während die Durchführung der freiwilligen Radfahrprüfung in den meisten Bundesländern fixer Bestandteil des Verkehrsunterrichts der 4. Klasse Volksschule ist, treten in Wien nicht einmal 30 % der Viertklässlerinnen und Viertklässler zur Radfahrprüfung an – und nur die Hälfte davon besteht die Prüfung.

Damit sind 85 % der Kinder ab 12 Jahren ohne verkehrstechnische Kompetenzen über Verkehrszeichen und Verkehrsregeln im Wiener Straßenverkehr unterwegs – mit fatalen Auswirkungen: Jahr für Jahr explodiert die Anzahl an Radfahrunfällen.

Konkret fordern wir:

- Die flächendeckende Durchführung der Radfahrprüfungen für alle Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse Volksschule im Rahmen des Schulunterrichts.
- Einen Schwerpunkt in der schulischen Verkehrserziehung auf Verkehrszeichen und Verkehrsregeln im Straßenverkehr, jedes Wiener Kind muss alle relevanten Verkehrszeichen für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer können.

Kultur und Künste

Kunst fördern und Verantwortung wahren

Wiens Kulturlandschaft lebt von Vielfalt und Qualität. Doch während manche Institutionen

trotz geringer Auslastung großzügige Fördermittel erhalten, kämpfen viele freie Künstlerinnen und Künstler sowie kleinere Projekte ums Überleben. Kulturpolitik darf sich nicht von Ideologie leiten lassen – sie muss auf Qualität, Zugänglichkeit und verantwortungsvolle Mittelverwendung setzen.

Konkret fordern wir:

- Transparente und zielgerichtete Kulturförderung: Alle Subventionen müssen an nachvollziehbare Zielvereinbarungen geknüpft und regelmäßig evaluiert werden. Institutionen mit dauerhaft schlechten Kennzahlen dürfen nicht weiter überproportional gefördert werden. Gleichzeitig ist eine gerechtere Unterstützung kleinerer Projekte und freier Künstlerinnen und Künstler notwendig.



- Kultur sichtbar und zugänglich machen: Wir fordern ein einheitliches Kunst- und Kulturleitsystem in ganz Wien sowie QR-Tafeln an historischen Straßennamen, um Geschichte erlebbar zu machen. Die Wiener Bezirksmuseen sollen modernisiert, barrierefrei gemacht und stärker in das kulturelle Leben eingebunden werden.
- Heimische Künstlerinnen und Künstler sowie Eigenproduktionen stärken: Die Besetzung von Bühnen und Leitungsfunktionen in öffentlich geförderten Einrichtungen soll verstärkt mit österreichischen Künstlerinnen und Künstlern erfolgen. Eigenproduktionen sollen gezielt gefördert werden, um das kulturelle Erbe Wiens weiterzuentwickeln.

Räume schaffen, Bürokratie abbauen und Rahmenbedingungen verbessern

Eine lebendige Kulturszene braucht Platz und faire Rahmenbedingungen. Kunst darf nicht an fehlenden Proberäumen, leerstehenden Gebäuden oder komplizierter Bürokratie scheitern.

Konkret fordern wir:

- Nutzung leerstehender Räume für Kunstprojekte: Es benötigt eine kurzfristige, unbürokratische Zwischennutzung von Leerständen für Ausstellungen, Proben und kulturelle Initiativen.
- Stärkung unabhängiger Kunstprojekte: Aufstrebende und weniger kommerzielle Kunstformen müssen gezielt gefördert werden. Die freie Szene ist ein zentraler Teil der Wiener Kulturvielfalt.

- Vereinfachung der Förderbürokratie: Die Antragstellung für Kulturförderungen soll vereinfacht werden. Die Antragstellung sollte sowohl in Papierform als auch in digitaler Form möglich sein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zuständigen Behörden sollen über einschlägige Branchen- erfahrung verfügen, um Künstlerinnen und Künstler besser unterstützen zu können.

Mobile Kulturangebote für die Wiener Bezirke implementieren

Kultur darf kein elitäres Projekt sein, das sich nur auf den innerstädtischen Raum konzentriert. Gerade in den Außenbezirken ist der Zugang zu Kunst und Kultur oft eingeschränkt. Wir setzen uns für eine dezentrale, inklusive Kulturpolitik ein.

Konkret fordern wir:

- Kulturkarawane durch die Bezirke und Mitmachkulturprojekte: Lokale Mitmachkulturangebote stärken den sozialen Zusammenhalt im unmittelbaren Lebensumfeld, fördern die Identifikation mit dem Wohnviertel und bauen soziale Barrieren ab. Das dezentrale Kulturangebot sollte ausgebaut werden.
- Ideologiefreie Förderpraxis bei der MA7: Wir fordern eine transparente, ausgewogene Vergabepolitik bei Kulturförderungen. Statt ideologisch einseitiger Programme braucht es echte kulturelle Vielfalt.

„Wiener Kulturlabor“ – Innovationsraum für kreative Talente

Wien soll nicht nur kulturelles Erbe pflegen,

sondern auch neue Ausdrucksformen ermöglichen. Das „Wiener Kulturlabor“ schafft einen Innovationsraum, in dem junge und aufstrebende Talente Tradition und Moderne verbinden.

Konkret fordern wir:

- Kollaboration von Tradition und Innovation: Förderung von Projekten, die Wiener Traditionen wie das Wienerlied oder Schrammelmusik mit modernen Formen wie Performance Art, Videokunst oder elektronischer Musik verbinden.
- Internationale Austauschprogramme: Internationale Austauschformate zwischen jungen Wiener Künstlerinnen und Künstlern mit Kreativen aus anderen Städten sollen gestärkt werden und Wien als innovativen Kulturstandort positionieren.

Nachwuchs den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen

Es benötigt mehr Plätze für junge Talente. Die Zahl der Musikschulplätze in Wien ist in den letzten Jahren besorgniserregend gesunken. Im Schuljahr 2010/2011 erhielten noch knapp 76 % aller angemeldeten Kinder einen Musikschulplatz. Aktuell stehen rund 8.000 Plätze zur Verfügung – demnach erhalten etwa 40 % der Interessierten keinen Platz. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fordern wir eine umfassende Musikschuloffensive.

Konkret fordern wir:

- Musikschuloffensive für Wien: Ausbau der Musikschulplätze, die Einrichtung von Standorten in allen Bezirken und die gezielte Förderung traditioneller Wiener Instrumente wie der Zither oder Schrammelharmonika.

- Kunstunterricht ab dem Kindergarten: Einführung eines Kunst- und Kulturunterrichts im Bildungsplan ab dem Kindergartenalter – mit festen Angeboten in Musik, Theater, Malerei und Tanz.
- „Künstler im Klassenzimmer“: Professionelle Künstlerinnen und Künstler sollen Schulen regelmäßig besuchen und gemeinsam mit Kindern kreative Projekte umsetzen.

Sport und Bäder

Sportinfrastruktur modernisieren und Wien fit für die Zukunft machen

Die Sportflächen pro Einwohner sind in Wien in den letzten Jahren um fast 12% gesunken. Gleichzeitig befinden sich viele bestehende Anlagen in einem besorgniserregenden Zustand. Eine Stadt, die sich als Sportmetropole versteht, darf sich solch einen Rückstand nicht leisten. Moderne, sichere und zugängliche Sportstätten sind für Gesundheitsförderung, Vereinsarbeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit essenziell.

Konkret fordern wir:

- Ein umfassendes Sanierungs- und Ausbauprogramm für bestehende Sportstätten – angelehnt an internationale Erfolgsmodelle.
- Den Neubau von Sportanlagen in wachsenden Stadtteilen, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden.
- Die Priorisierung der Sicherheit und Barrierefreiheit in allen neuen und bestehenden Anlagen.

Sportvereine und Schulen besser vernetzen und Bewegung im Alltag verankern

Sportvereine leisten wertvolle Arbeit für Kinder und Jugendliche, stoßen aber oft auf bürokratische Hürden bei der Nutzung von Infrastruktur. Gleichzeitig bleibt das sportliche Potenzial von Schulen durch mangelnde Kooperation ungenutzt.

Konkret fordern wir:

- Sonderförderungen für Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen.
- Einen vereinfachten Zugang zu schulischen Sportanlagen außerhalb der Unterrichtszeiten – besonders an Wochenenden.
- Pilotprojekte zur Integration gemeinsamer Sportangebote in den Schulalltag.

Tägliche Bewegungseinheit in Kindergarten und Volksschule verankern

Kinder und Jugendliche bewegen sich deutlich zu wenig – mit weitreichenden Folgen für ihre körperliche und mentale Gesundheit. Die „Tägliche Bewegungseinheit“ ist ein erfolgreiches Pilotmodell, das flächendeckend umgesetzt werden muss.

Konkret fordern wir:

- Die Einführung der „Täglichen Bewegungseinheit“ als verbindliches Element im Kindergarten- und Volksschulalltag.
- Zusätzliche Mittel für Personal, Räume und Trainingsprogramme.
- Die Kooperation mit Sportvereinen, um qualifizierte Angebote zu schaffen.

Mädchen- und Frauensport gezielt stärken

Frauen- und Mädchensport ist in Wien nach wie vor unterrepräsentiert. Es fehlt an Sichtbarkeit, Förderung und Infrastruktur. Dabei leistet der Frauensport einen zentralen Beitrag zu Gesundheit, Empowerment und Gleichberechtigung.

Konkret fordern wir:

- Den Ausbau der Sportinfrastruktur für Frauen – inklusive Garderoben, Hallenzeiten und spezifischer Angebote.
- Die Förderung von Sportarten mit besonders hohem Mädchen- und Frauenanteil.
- Bewusstseinskampagnen und mediale Sichtbarkeit für Frauensport in Wien.

Bädertarife fair gestalten und Preiserhöhungen rückgängig machen

Seit der Übernahme des Bäderressorts durch die NEOS sind die Eintrittspreise der städtischen Bäder im Durchschnitt um 25 % gestiegen – und das mitten in einer Phase starker Teuerung. Diese Entwicklung belastet Familien, Seniorinnen und Senioren sowie einkommensschwächere Haushalte massiv. Dabei leisten die Wiener Bäder einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Gesundheit, Freizeitgestaltung und Lebensqualität.

Konkret fordern wir:

- Die Rücknahme der überzogenen Preiserhöhungen der letzten Jahre.
- Die Einführung eines sozial gestaffelten Tarifmodells für einkommensschwache Haushalte, Familien sowie Vielnutzerinnen und Vielnutzer.

- Den Erhalt des flächendeckenden Angebots an günstigen Freizeit- und Gesundheitsorten im gesamten Stadtgebiet.

Gratis-Bäderbus zum Gänsehäufel wieder einführen

Das Gänsehäufel ist das meistbesuchte Freibad Wiens, wird an heißen Tagen von bis zu 30.000 Menschen frequentiert – und ist dennoch nicht direkt an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden. Die Einstellung des ursprünglich eingeführten Gratis-Bäderbusses durch die Stadt war ein Rückschritt für klimafreundliche Mobilität und belastet die Parkplatzsituation in der Donaustadt erheblich.

Konkret fordern wir:

- Die Wiedereinführung eines kostenlosen Bäderbusses vom U1-Knoten Kaiser mühlen zum Gänsehäufel, insbesondere an Wochenenden.
- Eine Prüfung der Ausweitung des Angebots auf weitere Sommermonate und Ferienzeiten zur Entlastung des Individualverkehrs.
- Die Bewerbung des Angebots als Teil einer umweltfreundlichen Freizeitmobilität in der Stadt.

Klimaschutz mit Hausverstand

Stadtbild neu denken

Die Stadtverwaltung muss bei neuen Infrastrukturprojekten Umwelt, Funktionalität und Gestaltung zusammendenken. Der öffentliche Raum soll so nicht nur lebenswerter, sondern auch klimaschonender werden.

Konkret fordern wir:

- Die Schaffung funktionaler Kunstinstallationen mit nachhaltigen Technologien. Diese sollen Schatten, Sprühkühlung, Solarenergiegewinnung oder Regenwasseraufbereitung ermöglichen.
- Die Einbindung heimischer Künstlerinnen und Künstler, Unternehmen sowie Green-Tech-Start-ups in Planung und Umsetzung solcher Projekte.

Oasen des Wohlfühlens schaffen

Wiens Sommer werden immer heißer. Viele Stadtteile leiden unter extremer Hitzeentwicklung. Begrünte Flächen sind jedoch knapp, und Asphalt speichert Wärme, wodurch die Lebensqualität sinkt.

Wir setzen uns für flächendeckende Maßnahmen zur Kühlung und Begrünung der Stadt ein.

Konkret fordern wir:

- Hängende Gärten, Pergolen und begrünte Erdgeschosszonen, um die Stadt abzukühlen.
- Rankgerüste über Straßenzügen, die zur natürlichen Klimaregulierung beitragen.
- Kühlelemente an Haltestellen, um Wartezeiten angenehmer zu gestalten.
- Grünflächen statt Poller, die Umwandlung von nicht sinnvoll genutzten asphaltierten Flächen (zum Beispiel Sperrflächen oder durch Poller besetzte Straßenabschnitte) in bepflanzte Grünbereiche.

Wiener Stadtlandwirtschaft erhalten

Den heimischen Landwirtschaftsbetrieben kommt im Stadtgefüge eine wichtige Rolle zu. Sie leisten einen Beitrag zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung und stellen zudem einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in Wien dar. Obwohl es politischen Konsens zum Schutz der Wiener Stadtlandwirtschaft gibt, stehen diesem Bekenntnis auch oft politische Entscheidungen gegenüber, die die heimischen Landwirtschaftsbetriebe behindern oder schwächen. So führen beispielsweise Anlasswidmungen immer wieder zu Verlusten landwirtschaftlicher Flächen.

Konkret fordern wir:

- Die Landwirtschaft muss wieder in den politischen Fokus gerückt werden. Es braucht konkrete Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen und somit auch der Ernährungssicherheit in Wien.

Leerstände für grüne Wirtschaft nutzen

In einer nachhaltigen Stadt dürfen leerstehende Flächen kein blinder Fleck sein. Die Verwaltung muss Voraussetzungen schaffen, um wirtschaftliches Potenzial mit klimapolitischen Zielen zu verbinden.

Konkret fordern wir:

- Die Umnutzung leerstehender Räume für zukunftssträchtige Nutzungen wie Kühlräume, Reparaturzentren, Co-Working-Spaces, Kunstinitiativen oder urbane Märkte.
- Die Kombination dieser Flächen mit Konzepten wie der 15-Minuten-Stadt, Hitze-resilienz und lokaler Nahversorgung.

Sustainability Hub errichten

Die Verwaltung muss wirtschaftliche Zukunftsbereiche wie Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft aktiv fördern und Unternehmerinnen und Unternehmern den Raum geben, um neue Ideen umzusetzen.

Konkret fordern wir:

- Die Einrichtung eines „Sustainability Hubs“ in Kooperation mit österreichischen Start-ups.
- Der Hub soll Anlaufstelle für Gründerinnen und Gründer sein, die im Bereich Klima, Umwelt und Ressourcenschonung innovative Geschäftsmodelle entwickeln.

E-Mobilität sinnvoll mitdenken

Mobilität in Wien ist vielfältig: Ob mit dem Rad, zu Fuß, mit dem Auto oder den Öffis – alle Formen verdienen ihren Platz. Um den Umstieg auf E-Mobilität zu fördern, werden kreative und praktikable Lösungen im städtischen Raum benötigt. Gerade in mehrstöckigen Wohnhäusern mit angrenzenden Straßenparkplätzen schlummern ungenutzte Strompotenziale.

Konkret fordern wir:

- Die Förderung von Ladekooperativen in Wohngebäuden: Mehrstöckige Gebäude sollen durch Integration von Ladegeräten an Hausfassaden zu Ladepunkten im öffentlichen Raum werden. Durch Kooperation mit den Eigentümerinnen und Eigentümern können entsprechende Synergien geschaffen werden.
- Eine einfache Nutzung dieser Ladegeräte mittels App.

Green Jobs für alle Wiener Bezirke schaffen

Die Stadtverwaltung muss dafür sorgen, dass

neue Jobchancen im Bereich Umwelt- und Energietechnologie für alle Wienerinnen und Wiener zugänglich sind – und das unabhängig vom Wohnort.

Konkret fordern wir:

- Die Schaffung von Ausbildungszentren für Green Jobs in jedem Bezirk – mit Mentoring, Netzwerken und beruflicher Weiterbildung.
- Die Förderung von Innovationen in Bereichen wie Solarenergie, Gebäudesanierung, Energieeffizienz oder nachhaltiger Logistik.

Tierwohl in Zeiten des Klimawandels sichern

Mit zunehmender Klimaerwärmung wächst auch die Belastung für Wiens Vierbeiner. Viele Hundezonen sind unzureichend auf extreme Hitze vorbereitet, was zu gesundheitlichen Problemen bei Hunden führen kann. Die Stadt muss gezielt auf diese Herausforderung reagieren.

Konkret fordern wir:

- Hitzesensible Gestaltung von Hundezonen: Mehr Schattenflächen, Trinkwasserzugang und hitzereduzierende Bodenmaterialien in allen öffentlichen Hundezonen.
- Bewusstseinskampagnen für Hundehalterinnen und Hundehalter: Aufklärungsinitiativen zur Prävention hitzebedingter Probleme in Zusammenarbeit mit anerkannten Zucht- und Heimtiervereinigungen (zum Beispiel ÖKV, ÖDAST, ÖHU).
- Integration des Themas Tierwohl in Klimastrategien der Stadt: Der Schutz von Haustieren muss künftig Teil jeder klimapolitischen Maßnahme in Wien sein.

GESUNDHEIT

”

Gesundheit, Internationales und die Interessen der EPU sind für mich mehr als Schlagwörter – sie sind meine Leidenschaft. Wien braucht eine starke Wirtschaftspolitik, die Sicherheit und Perspektiven schafft“

Kasia Greco (Platz 2), WKW-Vizepräsidentin und Gemeinderätin

Ein starkes Gesundheitssystem für eine lebenswerte Stadt

Die Gesundheit und das soziale Wohlergehen der Wienerinnen und Wiener sind die Grundlage für eine hohe Lebensqualität. Doch unser Gesundheitssystem gerät zunehmend unter Druck: Überlastete Ambulanzen, monatelange Wartezeiten für Facharzttermine und gesperrte Stationen aufgrund von Personalmangel belasten Patientinnen und Patienten sowie medizinisches Personal gleichermaßen.

Im August 2024 waren rund 1.470 Spitalsbetten in Wien aus Personalmangel gesperrt – das entspricht der Kapazität von zwei großen Kliniken wie Favoriten oder Ottakring.

Gesundheitsversorgung verbessern – Wartezeiten reduzieren

Eine funktionierende medizinische Versorgung darf nicht vom Zufall abhängen. Wir setzen

uns für ein effizientes Gesundheitssystem ein, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehören kürzere Wartezeiten, eine bessere personelle Ausstattung in Spitälern und eine Stärkung der Hausärzte sowie Primärversorgungseinheiten, um die Notaufnahmen zu entlasten.

Wartezeiten auf planbare Operationen sind auf ein Rekordniveau gestiegen: bis zu 37 Wochen auf eine Hüftoperation, 32 Wochen auf eine Bandscheibenoperation, über ein Jahr auf orthopädische Eingriffe. Auch Schmerzambulanzen melden durchschnittlich 56 Tage Wartezeit auf einen Ersttermin. In der Klinik Landstraße steht etwa nur eine einzige Schulmedizinerin bzw. ein einziger Schmerzmediziner für über 600 Betten zur Verfügung.

Auch bei der Primärversorgung bleiben Zusagen unerfüllt: Von den geplanten 36 Primärversorgungseinheiten bis 2025 wurden bislang nur 26 realisiert. Die restlichen sind auf unbestimmte

Zeit verschoben – ein Rückschritt für die wohnortnahe Versorgung.

Wiener Spitäler reformieren bevor es zu spät ist

Der Wiener Gesundheitsverbund (WIGEV) leidet unter politischer Einflussnahme, ineffizienten Strukturen und langen Wartezeiten. Die fehlende Professionalisierung der Verwaltung beeinträchtigt die Gesundheitsversorgung.

Lange Wartezeiten auf notwendige Operationen stellen für viele Wienerinnen und Wiener eine erhebliche Belastung dar. Überlastete Spitäler, Personalmangel und ineffiziente Strukturen führen dazu, dass Patientinnen und Patienten monatelang auf Eingriffe warten müssen – oft mit erheblichen gesundheitlichen Folgen. Eine moderne und leistungsfähige Gesundheitsversorgung darf sich solche Engpässe nicht leisten.

Wir setzen uns für eine deutliche Verkürzung der Wartezeiten auf eine Operation ein, indem wir Personalengpässe beheben, Kapazitäten ausbauen und flexible Arbeitszeitmodelle nutzen. Die Reform der Wiener Spitäler muss oberste Priorität haben, um eine effiziente Patientenversorgung zu gewährleisten.

Konkret fordern wir:

- Die Entpolitisierung des Gesundheitsverbunds durch eine unabhängige Struktur mit Personal- und Finanzhoheit.
- Eine Optimierung des Operationsmanagements, um Wartezeiten auf dringende Operationen zu reduzieren.
- Die Aufstockung des medizinischen Personals und den Gewinn von mehr Fachkräften

für Wiener Spitäler durch gezielte Anreize und bessere Arbeitsbedingungen.

- Eine Erweiterung der Operationskapazitaten und eine Reduzierung der Engpässe durch bessere Planung und effizientere Nutzung der Operationssäle.
- Flexiblere Arbeitszeitmodelle und die Schaffung attraktiverer Rahmenbedingungen, um mehr Fachkräfte langfristig in Wien zu halten.
- Eine Dienstplangarantie für Pflegekräfte sowie Ärztinnen und Ärzte, damit bestehendes Personal nicht laufend stationsubergreifend einspringen muss und Verlässlichkeit im Arbeitsalltag entsteht.
- Mentorship-Programme mit Anreizsystem, pensionierte FachArztinnen und FachArzte sowie erfahrene Pflegekräfte sollen in Mentoring-Rollen eingebunden werden, zum Beispiel durch Nachtdienstbefreiung bei gleichbleibender Vergütung.
- Transparente Zielvereinbarungen für Personalplanung und -entwicklung, um strukturiert auf Engpässe zu reagieren.

Primärversorgung im Grätzl stärken

Eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist entscheidend, allerdings sind Primärversorgungseinheiten sowie HausArztinnen und HausArzte unterfinanziert.

Wir setzen uns für eine deutliche Stärkung der lokalen Gesundheitsversorgung ein.

Konkret fordern wir:

- Den Ausbau der Primärversorgungseinheiten, um die wohnortnahe Versorgung zu verbessern.

- Die Stärkung der Apotheken als Gesundheitsversorger im Grätzl.
- Die Einführung von „School Health Hubs“ mit Schulärztinnen und Schulärzten sowie „School Nurses“ für eine bessere Gesundheitsprävention.

Prävention und Eigenverantwortung fördern

Gesundheit beginnt mit Vorsorge. Wir setzen uns für einen Ausbau von Präventionsangeboten ein, die auf Aufklärung, Früherkennung und gesunde Lebensweise setzen – insbesondere in Schulen, Betrieben und Gemeindebauten. Dennoch gilt: School Nurses sind kein Ersatz für Schulärztinnen und Schulärzte. Die ärztliche Versorgung an Schulen muss ausgebaut, nicht ausgelagert werden.

Frauengesundheit stärken

Frauen haben häufig mit langen Wartezeiten auf gynäkologische Untersuchungen zu kämpfen, während geschlechtsspezifische Gesundheitsunterschiede in Forschung und Praxis weiterhin zu wenig berücksichtigt werden.

Noch immer bestehen gesellschaftliche Tabus rund um die Frauengesundheit, die eine offene Aufklärung erschweren. Vorsorgeuntersuchungen werden von vielen Frauen nicht im notwendigen Ausmaß genutzt – oft aus Unwissenheit oder Unsicherheit. Dabei ist eine frühzeitige und gezielte medizinische Betreuung essenziell für ein gesundes Leben in jedem Lebensabschnitt.

Konkret fordern wir:

- Den gezielten Ausbau gynäkologischer Ambulanzen, um Wartezeiten spürbar zu

verkürzen, insbesondere in unterversorgten Bezirken.

- Die Förderung niedergelassener Frauenärztinnen und Frauenärzte in Randlagen Wiens, um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen.
- Die Gründung eines Wiener Forschungszentrums für Frauenmedizin, das geschlechtsspezifische Gesundheitsunterschiede systematisch erforscht und Erkenntnisse in die Praxis überführt.
- Eine stadtweite Informationskampagne „Gesunde Lebenszyklen für alle Wienerinnen“, die Frauen ab der Pubertät über alle wichtigen Vorsorgemaßnahmen und gesundheitlichen Themen ihres Lebens informiert – entwickelt in enger Zusammenarbeit mit dem Wiener Frauengesundheitsbeirat und medizinischen Expertinnen.
- Gezielte Aufklärungskampagnen zur HPV-Impfung, um auf das weiterhin bestehende Risiko aufmerksam zu machen – mit dem klaren Appell: „Es ist nie zu spät, sich zu schützen.“

Niemanden zurücklassen

Wien muss eine Stadt bleiben, in der sich alle auf eine funktionierende Gesundheits- und Sozialversorgung verlassen können. Dafür braucht es gezielte Reformen, eine Entpolitisierung des Gesundheitsverbands, eine moderne Verwaltung und eine faire Balance zwischen Unterstützung und Eigenverantwortung.

Denn soziale Gerechtigkeit bedeutet: Hilfe muss dort geleistet werden, wo sie gebraucht wird – statt bürokratischer Gleichmacherei oder fahrlässiger Vernachlässigung.

Personalnot entschlossen begegnen

Die Fakten sprechen eine klare Sprache:

- Im Vergleich zu 2019 fehlen im WIGEV 578 diplomierte Pflegekräfte.
- Die Teilzeitquote stieg von 27 % (2019) auf 33 % (2023).
- Pflegekräfte sind im Durchschnitt 26 Tage im Jahr krankgemeldet – doppelt so viele Krankmeldungen wie bei den Spitalsärztinnen und Spitalsärzten.
- In der Kinderpsychiatrie sind 65 % der Ausbildungsstellen unbesetzt, in der Frauenheilkunde 35 % (2023).
- 2023 konnten 84 Facharztstellen nicht nachbesetzt werden, die Zahl der Schulärztinnen und Schulärzte sank auf 49, wodurch 86 Wiener Schulen ohne eigene ärztliche Betreuung dastehen.

Diese Engpässe führen dazu, dass Minderjährige mangels Plätze in Erwachsenenpsychiatrien untergebracht werden müssen – ein untragbarer Zustand.

Konkret fordern wir:

- Bessere Arbeitsbedingungen durch Dienstplangarantie und mehr Verlässlichkeit im Stationsdienst.
- Mentorship-Programme, etwa durch pensionierte Fachärztinnen und Fachärzte oder durch den Entfall von Nachtdiensten für erfahrene Pflegekräfte, wenn sie sich als Mentorinnen und Mentoren engagieren.
- Die Aufstockung des Personals, gezielte Anreize für Mangelberufe sowie ein ehrliches Bekenntnis zu attraktiven Karrierewegen im Gesundheitswesen.

Innovative Lösungen gegen den Arbeitskräftemangel finden

Die Ärzteschaft und Pflegekräfte stehen unter enormem Druck. Zudem können offene Stellen oft nicht besetzt werden. Andere Bundesländer bieten bessere Arbeitsbedingungen, was zu einer Abwanderung führt.

Wir setzen uns für innovative Maßnahmen zur Attraktivierung medizinischer Berufe ein.

Konkret fordern wir:

- Die Einrichtung einer Leitstelle für junge Fachärztinnen und Fachärzte, die Mentoring und Unterstützung bietet.
- Eine erleichterte Facharztausbildung durch gezielte Anreize.
- Die Aufhebung der Altersgrenze von 70 Jahren für Kassenärztinnen und Kassenärzte, um Engpässe zu vermeiden.
- Gezielte finanzielle Anreize in Mangel-fächern, etwa durch höhere Zulagen oder attraktive Gehaltsmodelle, um dringend benötigte Fachrichtungen wie Kinder- und Jugendpsychiatrie und Gynäkologie attraktiver zu machen.

Wiener Gesundheitswesen in die Neuzeit führen - Digitalisierung stärken

Die Digitalisierung des Wiener Gesundheitswesens bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Moderne Technologien könnten Wartezeiten verkürzen, Abläufe verbessern und Patientinnen und Patienten entlasten.

Wir setzen uns für eine massive Digitalisierung des Wiener Gesundheitssystems ein.

Konkret fordern wir:

- Den Ausbau der Telemedizin und Online-terminbuchung für Ambulanzen, um den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu erleichtern.
- Die Modernisierung des Datenmanagements, um Abläufe effizienter und transparenter zu gestalten.
- Die Einführung eines EDV-gestützten Kommunikationssystems zur Optimierung des Bettenmanagements und zur Beschleunigung der Patientenversorgung – insbesondere in Notfällen. Dieses System soll auch Krankentransporte und Fahrtendienste nahtlos einbinden.
- Die gezielte Nutzung von KI, um das Wiener Gesundheitssystem smarter, vorausschauender und reaktionsschneller zu machen.
- Modernste digitale Arbeitsmittel für Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegepersonal, zum Beispiel die neueste Software zur Patientendokumentation, elektronische Fieberkurven sowie digitale Arzneimittellisten, um manuelle Tätigkeiten zu reduzieren und die Patientensicherheit zu erhöhen.

Digitalisierung und Effizienz steigern

Wir setzen auf eine moderne und leistungsfähige digitale Infrastruktur im Wiener Gesundheitswesen. Neben dem Ausbau von Telemedizin und Onlineterminbuchungen braucht es endlich folgende Punkte:

- Ein EDV-gestütztes Kommunikationssystem, das das Bettenmanagement optimiert und Notfalltransporte wie Fahrtendienste intelligent einbindet.

- Effizientere Datenflüsse und die Nutzung von KI, um Prozesse zu beschleunigen, Ressourcen besser zu steuern und Wartelisten zu verkürzen.



STADTGESELL- SCHAFT, ZUSAMMENHALT UND BÜRGERNÄHE

”

Starke Familien sind die Basis einer starken Stadt – und viele von ihnen werden von engagierten Frauen getragen. Wir stehen für eine Politik, die Familien entlastet, Wahlfreiheit schafft und Frauen besser unterstützt, Beruf und Familie zu vereinen. So sichern wir Zusammenhalt und Zukunft für Wien.“

Sabine Keri, Wienerinnen-Obfrau und Sprecherin für Frauen und Bürgerbeteiligung (Platz 6)

Familie als Fundament einer starken Gesellschaft

Die Familie ist das Herzstück unserer Gesellschaft. Sie vermittelt Werte, Zusammenhalt sowie Verantwortungsbewusstsein und bietet Menschen Orientierung sowie Geborgenheit – gerade in einer Welt, die sich immer schneller verändert. Eine starke Familienpolitik bedeutet eine starke Stadt, denn Familien sind das Fundament eines funktionierenden sozialen Miteinanders. Hier unterscheiden wir uns klar von linken Kollektivistinnen und Kollektivisten.

Familienfreundliche Politik für ein lebenswertes Wien

Unser Ziel ist es, Familien bestmöglich zu unterstützen und ihnen die Rahmenbedingungen zu bieten, die sie für ein sicheres und erfülltes Leben brauchen. Ob bei der Kinderbetreuung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Entlastung pflegender Angehöriger – wir setzen auf konkrete Lösungen, die den Alltag erleichtern und Familien in den Mittelpunkt der Stadtpolitik rücken.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken

Die moderne Arbeitswelt stellt viele Familien vor große Herausforderungen. Eltern benötigen verlässliche Kinderbetreuungsangebote und flexible Arbeitsmodelle, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Ebenso verdienen pflegende Angehörige mehr Unterstützung, damit sie sich ohne finanzielle oder organisatorische Hürden um ihre Liebsten kümmern können. Wir setzen uns für eine Stadt ein, die Familien stärkt und ihnen eine echte Wahlfreiheit ermöglicht.

Familien und Kinder

Kindgerechte Stadt als Zielmarke definieren

Kinder brauchen eine sichere und fördernde Umgebung. Doch in vielen Bezirken fehlen sichere Wege, Grünflächen und Freizeitangebote. Wir setzen uns für eine kinderfreundliche Stadt ein, in der sich Familien wohlfühlen.

Konkret fordern wir:

- Sichere Schulwege durch bessere Verkehrsregelungen und geschützte Wege in Wohnbezirken.
- Spielplätze und Grünflächen in allen Bezirken, damit Kinder wohnortnah spielen können.
- Mehr Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, wie Jugendzentren, Sportvereine und Kulturinitiativen, um Kreativität und Sozialverhalten zu fördern.

Sicherheit und Resilienz für die Jüngsten gewährleisten

Effektiver Kinderschutz beginnt im Alltag:

zu Hause, im Kindergarten, in der Schule, in der Freizeit und auch online. Kinder sind besonders schutzbedürftig – psychischer und physischer Missbrauch, Mobbing oder Diskriminierung dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Bildungseinrichtungen müssen sichere Räume sein, in denen Kinder angstfrei lernen und aufwachsen können.

Konkret fordern wir:

- Gezielte Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch, Mobbing und Diskriminierung – offline wie online.
- Den Einsatz externer Kinderschutzexpertinnen und Kinderschutzexperten in elementaren Bildungseinrichtungen, um Gewalt und Missbrauch frühzeitig zu erkennen und präventiv zu handeln.
- Die Einführung eines altersgerechten Schwimmunterrichts bereits im Kindergarten. Um Kindern frühzeitig Selbstrettungskompetenzen beizubringen, fordern wir den flächendeckenden Ausbau und die Finanzierung von Schwimmkursen für Vorschulkinder. Bereits ab dem dritten Lebensjahr soll sicheres Verhalten im und am Wasser spielerisch vermittelt werden.

Bildungsscheck für Kinderbetreuung einführen

Eltern haben oft nur eine eingeschränkte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung, da finanzielle Faktoren ihre Entscheidung stark beeinflussen.

Wir setzen uns für einen Bildungsscheck ein, der Eltern ermöglicht, frei über die Betreuungsform für ihre Kinder zu entscheiden.

Konkret fordern wir:

- Eine finanzielle Unterstützung für Familien, die zwischen Kindergarten, Tagesmutter oder privater Betreuung wählen möchten.
- Mehr Flexibilität für Eltern durch ein individuelles Betreuungsmodell, das zu ihrer Lebenssituation passt.
- Die Förderung der Chancengleichheit, damit alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern die beste Betreuung erhalten.

Familientickets und Familieneintrittskarten bereitstellen

Kinder unter 19 Jahren haben in Wien freien Eintritt in Museen, während Eltern zahlen müssen. Das hindert viele Familien daran, kulturelle Angebote zu nutzen.

Wir setzen uns für eine finanzielle Entlastung von Familien ein.

Konkret fordern wir:

- Vergünstigte Familientickets für Museen, damit Eltern mit ihren Kindern Kultur erleben können.
- Familientarife für die Wiener Linien, nach Vorbild des steirischen Verkehrsverbunds

Wiener Leistungspakt für Familien forcieren

Familien leisten durch Beruf, Ehrenamt oder Pflege einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft, erhalten dafür aber oft keine gezielte Unterstützung.

Wir setzen uns für einen Wiener Leistungspakt ein, der engagierte Familien gezielt entlastet.



Konkret fordern wir:

- Vergünstigungen für ehrenamtlich engagierte Familien, etwa eine kostenlose Jahreskarte für den öffentlichen Verkehr.
- Eine finanzielle Entlastung für Familien mit mehreren Kindern durch gezielte Gebührenreduktionen.
- Zusätzliche Unterstützung für pflegende Angehörige, um die Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie zu verbessern.

Unabhängige Ombudsstelle für Kindesabnahmen der MA 11 einrichten

Entscheidungen über Kindesabnahmen durch die MA 11 (Kinder- und Jugendhilfe) haben tiefgreifende Auswirkungen auf Familien. Derzeit fehlen niedrighschwellige, unabhängige Kontroll- und Unterstützungsmechanismen für betroffene Eltern. Das bestehende Verfahren – über Anträge bei Gericht – ist oft intransparent, kostenintensiv und für viele Eltern schwer zugänglich.

Konkret fordern wir:

- Die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle für Kindesabnahmen in Wien, die als Anlauf-, Informations- und Beratungsstelle fungiert.
- Eine kostenlose Rechtsberatung für betroffene Eltern, um faire Verfahren zu gewährleisten.
- Eine uneingeschränkte Akteneinsicht in Unterlagen der MA 11, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit behördlicher Entscheidungen sicherzustellen.



Alt werden ist nichts für Feiglinge – und Politik auch nicht. Seit vielen Jahren setze ich mich leidenschaftlich für unsere Stadt ein. Mein Ziel: Wien noch lebenswerter zu machen, insbesondere für die älteren Generationen“

Ingrid Korosec (Platz 4), Präsidentin des österreichischen Seniorenbundes und Gesundheitssprecherin

Seniorinnen und Senioren

Seniorengerechtes Wohnen gezielt fördern

Viele Menschen möchten auch im höheren Alter in den eigenen vier Wänden bleiben. Pflegeheime sind nicht nur teuer, sondern oft auch nicht die bevorzugte Wohnform. Die Stadt Wien muss aktiv dazu beitragen, seniorengerechtes Wohnen zu ermöglichen – durch Information, finanzielle Unterstützung und neue Wohnformen.

Konkret fordern wir:

- Eine finanzielle Unterstützung bei der barrierefreien Adaptierung bestehender Wohnräume – rasch, unbürokratisch und zielgerichtet.
- Den Ausbau alternativer Wohnformen wie Seniorenwohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen und Umbau leerstehender Ein- und Zweifamilienhäuser zu seniorengerechten Einheiten (zum Beispiel nach dem Modell „ReHABITAT“).
- Eine stadtweite Informationskampagne zur frühzeitigen Planung des Wohnens im Alter,

inklusive Beratung zu Fördermöglichkeiten und Wohnalternativen.

- Eine generationengerechte Stadtplanung mit Fokus auf die Nähe zu Nahversorgung, öffentlichem Verkehr und sozialen Treffpunkten – gegen Einsamkeit und für mehr Teilhabe im Grätzl.

Heizkostenzuschuss wieder als Geldleistung einführen

Gerade ältere Menschen sind von steigenden Energiepreisen besonders betroffen. Seit 2013 wird der Heizkostenzuschuss nur noch als Sachleistung gewährt – eine praxisferne Lösung, die den Betroffenen kaum hilft.

Konkret fordern wir:

- Die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses als Geldleistung – einfach beantragbar und individuell einsetzbar.

Vergünstigte Öffi-Jahreskarte für Seniorinnen und Senioren ausweiten

Mobilität bedeutet Lebensqualität – gerade im Alter. Viele ältere Menschen sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, um selbstständig und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Zwar gibt es bereits eine ermäßigte Jahreskarte für Seniorinnen und Senioren, diese ist jedoch für viele schwer leistbar – besonders bei kleinen Pensionen.

Konkret fordern wir:

- Eine weitere Reduktion des Preises für die Öffi-Jahreskarte für Seniorinnen und Senioren mit niedrigem Einkommen.
- Die Vereinfachung der Beantragung durch automatische Berücksichtigung von

Pensionseinkommen ohne bürokratische Hürden.

- Die Ausweitung der Gültigkeit auf bestimmte Freizeitangebote (zum Beispiel Museums- oder Parkeintritte) in Form eines „Senioren-Plus-Modells“.
- Die Voraussetzungen für das Seniorenticket sollten an den wirklichen Pensionsantritt geknüpft werden – und nicht erst an das Alter von 65 Jahren.

Frauen

An 365 Tagen entschieden gegen Gewalt an Frauen vorgehen

Jede zweite Minute wird in Wien eine Frau Opfer von physischer oder psychischer Gewalt, was das Vertrauen in die Sicherheit im öffentlichen Raum untergräbt. Viele Frauen fühlen sich insbesondere in der Nacht oder in bestimmten Stadtteilen unsicher, da es an ausreichenden Schutzmaßnahmen fehlt.

Konkret fordern wir:

- Wir bauen das Opferschutzzentrum der Wiener Polizei massiv aus, um Frauen in akuten Gefahrensituationen schnelle Hilfe und Schutz zu bieten.
- Gleichzeitig beseitigen wir Unsicherheitszonen durch erhöhte Polizeipräsenz, bessere Beleuchtung und gezielte Videoüberwachung.
- Parallel dazu starten wir umfangreiche Antigewaltkampagnen, die sowohl präventiv aufklären als auch potenzielle Täter sensibilisieren.
- Zudem wird die Zusammenarbeit mit Frauenberatungsstellen und Notunterkünften

ten intensiviert, um von Gewalt betroffenen Frauen schnell und effektiv zu helfen.

Sicherheits-App flächendeckend bekannt machen

Die App „DEC112“ ermöglicht Frauen in Bedrohungssituationen, lautlos und unauffällig Hilfe zu rufen. Doch viele kennen diese wichtige Schutzmaßnahme noch nicht. Wir wollen, dass jede Frau in Wien rasch und niederschwellig auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht wird.

Konkret fordern wir:

- Die Anbringung eines QR-Codes für die App DEC112 in allen öffentlichen Toiletten Wiens, ergänzt um Informationen zu weiteren Schutzangeboten der Stadt. So können Frauen in Notfällen schnell und diskret Hilfe holen – unabhängig von Zeit und Ort.

Selbstbehauptung stärken und somit Gewalt verhindern

Prävention ist der wirksamste Schutz vor Gewalt. Selbstbehauptungskurse helfen Mädchen und Frauen, Gefahren frühzeitig zu erkennen, selbstsicher aufzutreten und sich im Ernstfall besser zu schützen.

Konkret fordern wir:

- Kostenlose, flächendeckende Selbstbehauptungskurse für Mädchen und Frauen in allen Wiener Bezirken. Diese stärken die mentale und körperliche Selbstsicherheit und sind ein entscheidender Baustein in der Gewaltprävention.

Gewaltopfer mit Blick auf Gemeindewohnungen priorisieren

Viele Frauen bleiben in gewaltbelasteten Beziehungen, weil sie keine leistbare Wohnung finden. Besonders in Wien kann der Zugang zu sicherem Wohnraum über Schutz oder weiteres Leid entscheiden.

Konkret fordern wir:

- Die Vorreihung von Gewaltopfern bei der Vergabe von Gemeindewohnungen. Frauen, die familiäre oder partnerschaftliche Gewalt erlebt haben, sollen rasch, unbürokratisch und bevorzugt Zugang zu sicherem Wohnraum erhalten.

Ganztagskindergartenplätze auch bei Karenz oder Arbeitslosigkeit sichern

Derzeit verlieren Eltern in Wien ihren Anspruch auf einen Ganztagsplatz im Kindergarten, wenn sie arbeitslos werden oder in Karenz gehen – etwa nach der Geburt eines Geschwisterkindes. In solchen Fällen werden Kinder auf eine Teilzeitbetreuung umgestellt, obwohl gerade Kinder mit nichtdeutscher Umgangssprache von ganztägiger Betreuung und Sprachförderung besonders profitieren würden. Diese Praxis stellt einen unzulässigen Eingriff in die Lebensrealität von Familien dar und bevormundet Eltern in sensiblen Phasen ihres Lebens.

Konkret fordern wir:

- Die Absicherung des Ganztagskindergartenplatzes auch bei temporärer Arbeitslosigkeit oder während der Karenz eines Elternteils.

- Keine Einschränkung der Betreuungsdauer auf Teilzeitmodelle, wenn der ursprüngliche Bedarf weiterhin nachvollziehbar besteht – etwa bei familiären Mehrbelastungen oder erhöhtem Sprachförderbedarf des Kindes.
- Klare Richtlinien, die Eltern Planungssicherheit geben und sie nicht durch kurzfristige Lebensveränderungen unter Druck setzen.

Überforderte Singles unterstützen

Etwa 30 % aller Singles in Österreich leben in Wien – über die Hälfte davon sind Frauen. Das Leben als Single ist oft mit hohen Wohn- und Lebenserhaltungskosten verbunden, die durch geringere Durchschnittseinkommen von Frauen zusätzlich verschärft werden. Frauen sollen sich frei für ein selbstbestimmtes Leben entscheiden können – ohne durch strukturelle Nachteile in ihrer Existenz bedroht zu sein.

Konkret fordern wir:

- Zielgerichtete Unterstützungsmaßnahmen für alleinlebende Frauen, etwa bei Wohn- und Energiekosten.
- Eine bessere finanzielle Absicherung bei Trennung oder Todesfall, um abrupte soziale Abstiege zu verhindern.
- Maßnahmen zur Einkommensstärkung und Reduktion der Gender-Pay-Gap, insbesondere für Einpersonenhaushalte.

Aus- und Weiterbildung gezielt fördern und Bildungschancen für Frauen stärken

Frauen sind das Rückgrat unseres Bildungssystems – in Wien stellen sie rund 74 % des gesamten Lehrpersonals, in Volksschulen sogar

fast 93 %. Bildung ist der Schlüssel zu Chancengleichheit, Selbstbestimmung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Damit jede Frau ihre Talente entfalten und ihren eigenen Weg gehen kann, braucht es gezielte Aus- und Weiterbildungsangebote.

Konkret fordern wir:

- Den Ausbau kostenloser Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen in Wien – insbesondere im Bildungs-, Pflege- und Sozialbereich.
- Eine stärkere Sprachförderung als Grundlage für Bildungserfolg, Integration und berufliche Selbstbestimmung.
- Kooperationen mit Wiener Bildungseinrichtungen, um berufsbegleitende Qualifizierungen leichter zugänglich zu machen.
- Fördermaßnahmen für Quereinsteigerinnen und Wiedereinsteigerinnen, um berufliche Chancen neu zu eröffnen.
- Die stärkere Berücksichtigung weiblicher Perspektiven bei der Entwicklung von Bildungs- und Ausbildungsangeboten in Wien.

Finanzbildung für Mädchen und Frauen stärken

Finanzielle Unabhängigkeit ist ein zentrales Anliegen vieler Frauen. Allerdings fühlt sich laut der „Womenomics“-Studie von Mastercard rund ein Viertel der Frauen wirtschaftlich abhängig. 62 % glauben sogar, niemals finanziell unabhängig zu sein. Ein Grund dafür liegt oft in mangelnder Finanzbildung und Selbstunterstützung: Frauen fordern bei Gehaltsverhandlungen durchschnittlich 28 % an Gehalt weni-

ger als Männer. Auch langfristige Teilzeitarbeit erhöht das Risiko von Altersarmut erheblich.

Konkret fordern wir:

- Die Einführung verpflichtender Finanzbildungsprogramme für Mädchen ab der Sekundarstufe – praxisnah, alltagsbezogen und geschlechtersensibel gestaltet.
- Kooperationen mit Expertinnen und gemeinnützigen Initiativen, um Workshops und Projekte zur finanziellen Selbstbestimmung für Frauen in Schulen, Jugendzentren und Erwachsenenbildung anzubieten.
- Bewusstseinskampagnen zur Stärkung von Verhandlungskompetenz und Selbstwert, insbesondere bei Berufseinsteigerinnen und Wiedereinsteigerinnen.

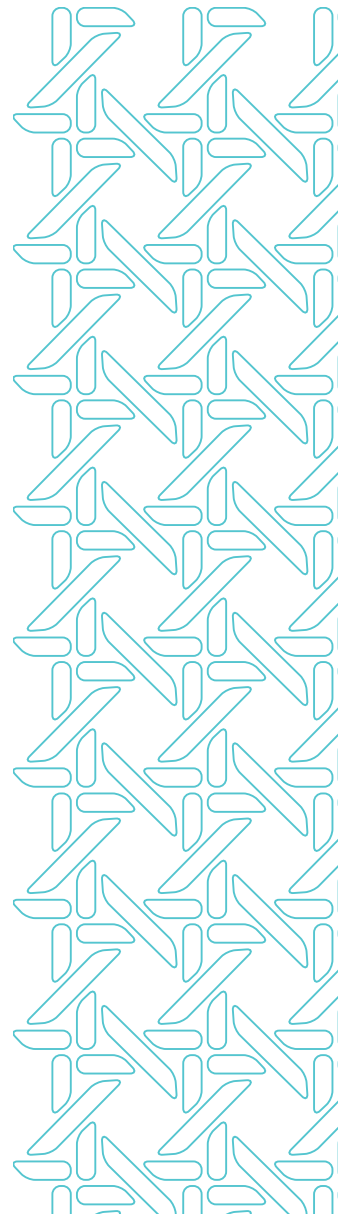
Frauenanteil in Aufsichtsgremien und Führungsfunktionen der Stadt Wien erhöhen

Der Frauenanteil in Aufsichtsgremien der stadt-eigenen Unternehmen stagniert seit Jahren auf niedrigem Niveau – laut Beteiligungsbericht 2023 liegt er bei rund 41% und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 51%. Noch besorgniserregender ist der Rückgang beim Anteil weiblicher Dienststellenleitungen in den Wiener Magistraten: von 42% im Jahr 2016 auf nur noch 30% im Jahr 2023. Diese Entwicklung ist rückschrittlich und steht im Widerspruch zu einer modernen und chancengerechten Verwaltung.

Konkret fordern wir:

- Zielgerichtete Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsgremien stadteigener Unternehmen – mindestens auf das Bundesniveau von 51%.

- Verbindliche Gleichstellungsziele für Führungspositionen in der Stadtverwaltung, insbesondere bei der Besetzung von Dienststellenleitungen.
- Eine transparente Berichterstattung über den Stand der Gleichstellung in den Beteiligungsberichten der Stadt Wien – ergänzt um konkrete Zielvorgaben und Fortschrittsindikatoren.



EINE EFFIZIENTE UND BÜRGER- NAHE STADT- VERWALTUNG

”

Wien braucht eine effiziente Verwaltung, die für die Menschen da ist. Es muss Schluss sein mit Misswirtschaft und Intransparenz. Außerdem braucht es mehr Geld für die Bezirke, damit sie ihre zahlreichen Aufgaben auch gut bewältigen können.“

Stellvertretender Landesgeschäftsführer und Bezirksparteiobmann in Meidling, Lorenz Mayer (Platz 9)

Bürokratie und Misswirtschaft belasten Wien

Wien leidet unter einer aufgeblähten Bürokratie, einer teilweise ineffizienten Verwaltung und einer Politik, die Steuergelder oft nicht zielgerichtet einsetzt. Fehlgeleitete Förderungen, überteuerte Großprojekte und eine mangelnde Kontrolle öffentlicher Mittel schaden nicht nur der Stadtfinanzierung, sondern untergraben auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik. Gleichzeitig bleiben viele Bezirke unterfinanziert und in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, während zentrale Behörden überlastet sind und ineffizient arbeiten.

Reform für eine transparente und bürgernahe Verwaltung

Die Wiener Volkspartei setzt sich für eine umfassende Reform der Verwaltung ein, die Transparenz, Effizienz und Bürgernähe in den Mittelpunkt stellt. Großprojekte müssen professionell gesteuert, Förderungen verantwortungsvoll vergeben und Behördenabläufe modernisiert werden. Zudem brauchen die Bezirke mehr finanzielle Mittel und Entscheidungsfreiheit, um näher an den Menschen und ihren Anliegen zu agieren.

Eine moderne Stadtverwaltung muss allen Menschen in Wien gleichermaßen dienen – unparteiisch, sachlich und effizient. Sie hat die Aufgabe, Bildungseinrichtungen zu schützen, Beratungsangebote ausgewogen

zu gestalten, Fördermittel gerecht zu verteilen und die Geschichte unserer Stadt differenziert zu vermitteln. Die Verwaltung ist Dienstleisterin, nicht Meinungsmacherin. Sie soll Vertrauen schaffen, nicht polarisieren.

Unsere Vision ist klar: Eine schlanke, digitale und leistungsfähige Verwaltung, die Steuergelder effizient einsetzt und Wien zu einer Stadt macht, in der Politik nicht verwaltet, sondern gestaltet wird – transparent, verantwortungsbewusst und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

Verwaltung reformieren und Bürokratie abbauen

Wien leidet nicht unter fehlenden Einnahmen, sondern unter ineffizienten Ausgaben. Mit 56 Magistratsabteilungen und zahlreichen ausgegliederten Unternehmungen ist die Stadtverwaltung aufgebläht und verursacht hohe Kosten. Gleichzeitig sorgt die Bürokratie für lange Wartezeiten, komplizierte Verfahren und unnötige Hürden für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Wir setzen uns für eine grundlegende Verwaltungsreform ein, um Bürokratie abzubauen, Abläufe zu beschleunigen und Steuergeld effizienter einzusetzen. Wien braucht eine moderne, schlanke Verwaltung, die effizient, digital und bürgerfreundlich arbeitet.

Konkret fordern wir:

- Die Zusammenlegung und Straffung von Magistratsabteilungen, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und Verwaltungsabläufe zu vereinfachen.
- Den Ausbau digitaler Prozesse, damit

Bürgerinnen und Bürger Anträge und Behördenwege schneller und unkomplizierter online erledigen können.

- Effizienzprüfungen für ausgelagerte Unternehmungen, um überflüssige Strukturen abzubauen und Kosten zu senken.
- Die Optimierung des Personaleinsatzes, um mehr Ressourcen in direkte Bürgerdienste statt in überbordende Verwaltung zu investieren.

Großprojekte effizient umsetzen und Kostenexplosionen stoppen

Wien leidet unter ineffizienten Großprojekten, die regelmäßig aus dem Ruder laufen. Beispiele wie die Kostenexplosion beim Krankenhaus Nord oder das Chaos um das Fernbusterminal zeigen, dass Verzögerungen, Missmanagement und fehlende Kontrolle Millionen an Steuergeldern verschwenden. Die aktuelle Stadtregierung hat es versäumt, Projekte professionell zu steuern und transparente Abläufe sicherzustellen.

Wir setzen uns für eine effiziente und transparente Umsetzung von Großprojekten ein. Verzögerungen und Kostenexplosionen dürfen nicht länger die Regel sein. Großprojekte müssen zur Chefsache werden, mit klaren Verantwortlichkeiten und einer professionellen Steuerung.

Konkret fordern wir:

- Die direkte Verantwortung der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters für Großprojekte, um eine klare politische Führung und Kontrolle sicherzustellen.
- Die Übernahme der steirischen Vorbild-

regelung bezüglich der Gesamtkostenkontrolle von Großvorhaben anstelle der nicht ausreichenden aktuellen Regelung in der Wiener Stadtverfassung.

Förderungen straffen und Steuergeld verantwortungsvoll einsetzen

In Wien werden jährlich fast 900 Millionen Euro an Förderungen vergeben – oft ohne klare Kontrolle, mit Doppel- und Mehrfachförderungen sowie fehlender Transparenz über die tatsächliche Wirksamkeit der Mittelvergabe. Dies führt zu einer ineffizienten Nutzung von Steuergeldern, die an fragwürdige Projekte oder Organisationen fließen, ohne dass klare Kriterien für den Nutzen bestehen.

Wir setzen uns für eine Reform des Fördersystems ein, um sicherzustellen, dass Steuergelder verantwortungsvoll und zielgerichtet eingesetzt werden. Förderungen müssen transparenter, effizienter und nachvollziehbarer gestaltet werden, um Verschwendung zu vermeiden und jene Projekte zu unterstützen, die wirklich einen Mehrwert für Wien bringen.

Konkret fordern wir:

- Einen „Kassasturz“ bei allen Subventionen und Förderungen der Stadt Wien. Es braucht klarere Vergabekriterien und regelmäßige Evaluierungen, um sicherzustellen, dass Fördermittel effizient genutzt werden.
- Die Abschaffung von Doppel- und Mehrfachförderungen, um Missbrauch und unnötige Ausgaben zu verhindern.
- Die Priorisierung von Fördermitteln für Bildungs-, Wirtschafts- und Integrationsprojekte, die nachweislich zur positiven Entwicklung der Stadt beitragen.

Medienarbeit der Stadt Wien reformieren und Inseratenverschwendung stoppen

Der Stadtrechnungshof hat gravierende Missstände bei der Inseratenvergabe der Stadt Wien aufgedeckt. Jährlich werden Millionen an Steuergeldern für fragwürdige Imagekampagnen verschwendet – darunter 430.000 Euro für die Werbung einer Kläranlage oder Inserate für Veranstaltungen außerhalb Wiens. Diese Praxis dient nicht der Information der Bürgerinnen und Bürger, sondern der politischen Selbstinszenierung der Stadtregierung.

Wir fordern eine grundlegende Reform der Medienarbeit der Stadt Wien, damit Steuergelder effizient und zweckgebunden eingesetzt werden. Öffentlich finanzierte Werbung muss Transparenz, Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit gewährleisten, anstatt parteipolitischen Interessen zu dienen.

Konkret fordern wir:

- Klare und nachvollziehbarere Vergabekriterien für Inserate, um sicherzustellen, dass öffentliche Gelder ausschließlich für relevante und notwendige Informationskampagnen genutzt werden.
- Eine stärkere Beachtung des Verbots von Image- und Selbstwerbung, um Steuergeldverschwendung für politische PR zu verhindern.
- Eine Begrenzung der jährlichen Inseratenausgaben, um übermäßige Werbeausgaben zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu unterbinden.

MA 35 reformieren

Die MA 35, Wiens Einwanderungsbehörde, gilt trotz erster Reformversuche weiterhin als eine der ineffizientesten Behörden Österreichs. Lange Wartezeiten von bis zu einem Jahr für Termine, fehlende Transparenz und eine überforderte Verwaltung sorgen für massive Frustration bei Antragstellerinnen und Antragstellern sowie Unternehmen. Die Volksanwaltschaft bestätigt regelmäßig erhebliche Missstände, die das Vertrauen in die Verwaltung untergraben.

Wir setzen uns für eine umfassende Reform der MA 35 ein, um die Abläufe effizienter zu gestalten, Wartezeiten drastisch zu verkürzen sowie Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche und transparente Behörde zu bieten.

Konkret fordern wir:

- Die Digitalisierung aller relevanten Prozesse, damit Anträge schneller bearbeitet und lange Wartezeiten reduziert werden.
- Eine Onlineübersicht über Wartezeiten und Bearbeitungsstände, um Antragstellerinnen und Antragstellern eine transparente Nachverfolgung zu ermöglichen.
- Verpflichtende Effizienzberichte an den Gemeinderat, damit Reformfortschritte überprüft und bei Problemen nachjustiert werden können.
- Eine bessere personelle Ausstattung, um die enorme Bearbeitungsdauer zu verkürzen und die Servicequalität zu verbessern.

Kompetenzen der Bezirke stärken

Die Wiener Bezirke haben derzeit zu wenig eigene Entscheidungskompetenzen, obwohl sie

den direkten Draht zu den Bürgerinnen und Bürgern haben. Viele Maßnahmen im öffentlichen Raum – von Bauprojekten bis zur Verkehrsplanung – werden zentral entschieden, ohne dass die Bezirke echte Mitspracherechte haben. Dadurch entstehen oft Fehlentscheidungen, die an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigehen.

Wir setzen uns für eine Stärkung der Bezirke und eine Erweiterung ihrer Kompetenzen ein, damit Entscheidungen näher an den Bürgerinnen und Bürgern getroffen und nicht durch eine zentralisierte Stadtverwaltung bestimmt werden.

Konkret fordern wir:

- Den Ausbau der Bezirkskompetenzen, sodass bestehende Mitwirkungsrechte zu echten Zustimmungsrechten werden. Bezirke sollen mehr Eigenverantwortung bei Projekten im öffentlichen Raum übernehmen.
- Vetorechte für Bezirke bei Bauvorhaben und Infrastrukturprojekten, die maßgeblich das lokale Umfeld betreffen.
- Die Einführung einer Ortsbildkommission mit klaren Befugnissen, um sicherzustellen, dass städtebauliche Veränderungen mit Rücksicht auf das Stadtbild und die Bezirksinteressen umgesetzt werden.

Mehr Finanzmittel für die Bezirke bereitstellen

Die Wiener Bezirke sollen mehr Verantwortung übernehmen, doch dafür fehlen ihnen die notwendigen finanziellen Mittel und personellen Ressourcen. Aktuell erfolgt die Zuteilung der Bezirksfinanzmittel über die Bezirksmittelverordnung, die zwar unbefristet gilt, aber jeder-

zeit angepasst werden kann. Durch steigende Kosten und zusätzliche Aufgaben geraten viele Bezirke jedoch zunehmend unter Druck und können wichtige Projekte nicht umsetzen.

Wir setzen uns für eine signifikante Erhöhung der Budgetmittel für die Bezirke ein, um eine stärkere Dezentralisierung und bürgernahe Verwaltungsstrukturen zu ermöglichen. Nur mit einer besseren finanziellen Ausstattung können die Bezirke eigenständig handeln und gezielt in Infrastruktur, Bildung und Sicherheit investieren.

Konkret fordern wir:

- Die Erhöhung der Bezirksbudgets, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden.
- Die Etablierung eines Bezirksfinanzausgleichs, der alle vier Jahre neu verhandelt wird, um flexibel auf Kostensteigerungen und neue Herausforderungen reagieren zu können.
- Mehr Ressourcen für Personal und Verwaltung, damit Bezirke nicht länger unterfinanziert sind und ihre Aufgaben effizient erfüllen können.

Reform des Anfragerechtes dringend in Angriff nehmen

Das Anfragerecht ist ein wesentliches Kontrollinstrument der Opposition, um Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Wiener Stadtregierung sicherzustellen. Doch in der Praxis werden Anfragen oft zu spät oder unzureichend beantwortet, was die parlamentarische Kontrolle massiv erschwert. Diese Verzögerungstaktiken untergraben die demokratische

Debatte und verhindern, dass kritische Fragen rechtzeitig behandelt werden.

Wir fordern eine umfassende Reform des Anfragerechtes, um eine schnellere, verbindliche und transparente Beantwortung von Anfragen zu gewährleisten. Die Stadtregierung darf sich nicht durch Verschleppung oder unzureichende Antworten der Kontrolle entziehen.

Konkret fordern wir:

- Eine Rüge durch die Gemeinderatsvorsitzende bzw. den Gemeinderatsvorsitzenden oder die Landtagspräsidentin bzw. den Landtagspräsidenten, wenn Anfragen nicht rechtzeitig oder unzureichend beantwortet werden.
- Die Einführung einer Kurzdebatte im Gemeinderat, wenn eine Antwort nicht ausreichend ist – auf Verlangen der Opposition.
- Die Einführung der „kleinen Anfrage“ nach deutschem Vorbild, die binnen maximal zwei Wochen beantwortet werden muss.

Differenzierten Umgang mit Stadtgeschichte ermöglichen

Die Geschichte Wiens gehört allen – nicht einzelnen politischen Strömungen. Die Stadtverwaltung hat die Aufgabe, das kulturelle Erbe objektiv und differenziert zu vermitteln.

Konkret fordern wir:

- Keine selektive Demontage von Denkmälern oder einseitige Interpretation von Stadtgeschichte.
- Öffentlich begleitete Entscheidungsprozesse bei Umbenennungen oder historischen Neubewertungen.

Ideologiefreie Bildungseinrichtungen schaffen

Kindergärten und Pflichtschulen sind Orte der kindlichen Entwicklung und Bildung – keine Plattformen für politische Einflussnahme. Die Aufgabe der Stadtverwaltung ist es, diese Räume kindgerecht zu gestalten.

Konkret fordern wir:

- Keine LGBT-Projekte oder ideologischen Inhalte in Kindergärten und Pflichtschulen. Bildungsangebote müssen altersgerecht, sachlich und frei von politischer Einflussnahme sein.
- Die Stadt Wien muss gewährleisten, dass die Entwicklung der Kinder ohne ideologische Überfrachtung erfolgen kann.

Objektive Beratung statt Aktivismus in den Fokus rücken

Die Verwaltung muss sicherstellen, dass Beratungsangebote – insbesondere zu Sexualität und Identitätsfragen – faktenbasiert, ausgewogen und ergebnisoffen gestaltet sind. Jugendliche benötigen Orientierung, keine einseitige Bestätigung.

Konkret fordern wir:

- Eine verpflichtende Ausgewogenheit in Beratungsstellen zu Sexualität, Identität und medizinischen Eingriffen: Risiken und Folgen müssen ehrlich thematisiert werden.
- Keine rein affirmativen Beratungsansätze, sondern altersgerechte, sachliche Information.

Rechtssicherheit bei geschlechterspezifischen Räumen schaffen

Die Stadtverwaltung trägt Verantwortung dafür, dass Regeln verständlich und eindeutig sind – insbesondere in sensiblen Bereichen wie Schutzräumen für Frauen.

Konkret fordern wir:

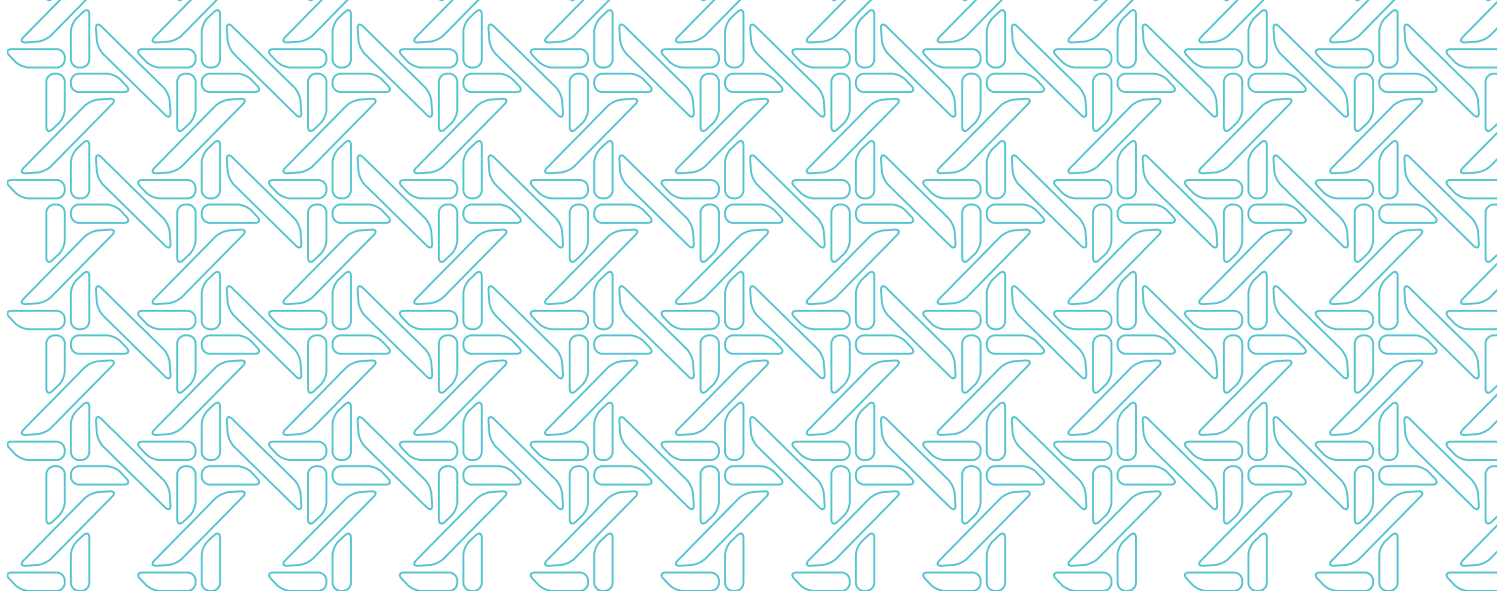
- Die klare rechtliche Definition zweier biologischer Geschlechter in der Verwaltungspraxis.
- Eine eindeutige Regelung und den Schutz geschlechterspezifischer Räume wie Toiletten, Umkleiden oder Frauenhäuser.

Fairen Umgang mit Fördermitteln gewährleisten

Öffentliche Gelder müssen nach objektiven Maßstäben vergeben werden – nicht nach ideologischer Nähe. Die Verwaltung ist dem Gemeinwohl verpflichtet, nicht Einzelinteressen.

Konkret fordern wir:

- Die Anpassung und Redimensionierung des Budgets für LGBT-Projekte entsprechend dem tatsächlichen Bedarf.
- Die Vergabe öffentlicher Mittel ausschließlich nach überprüfbaren Kriterien wie Reichweite, Wirkung und Relevanz.



Impressum

Wiener Landespartei der Österreichischen Volkspartei

Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien

+43 (1) 51543-200

info(at)wien.oevp.at

<https://wien.oevp.at>

Landesparteiobmann

Karl Mahrer

Landesgeschäftsführer

Mag. Peter Sverak



volkspartei.wien

27.4.



ÖVP

**Die Wiener
Volkspartei**

